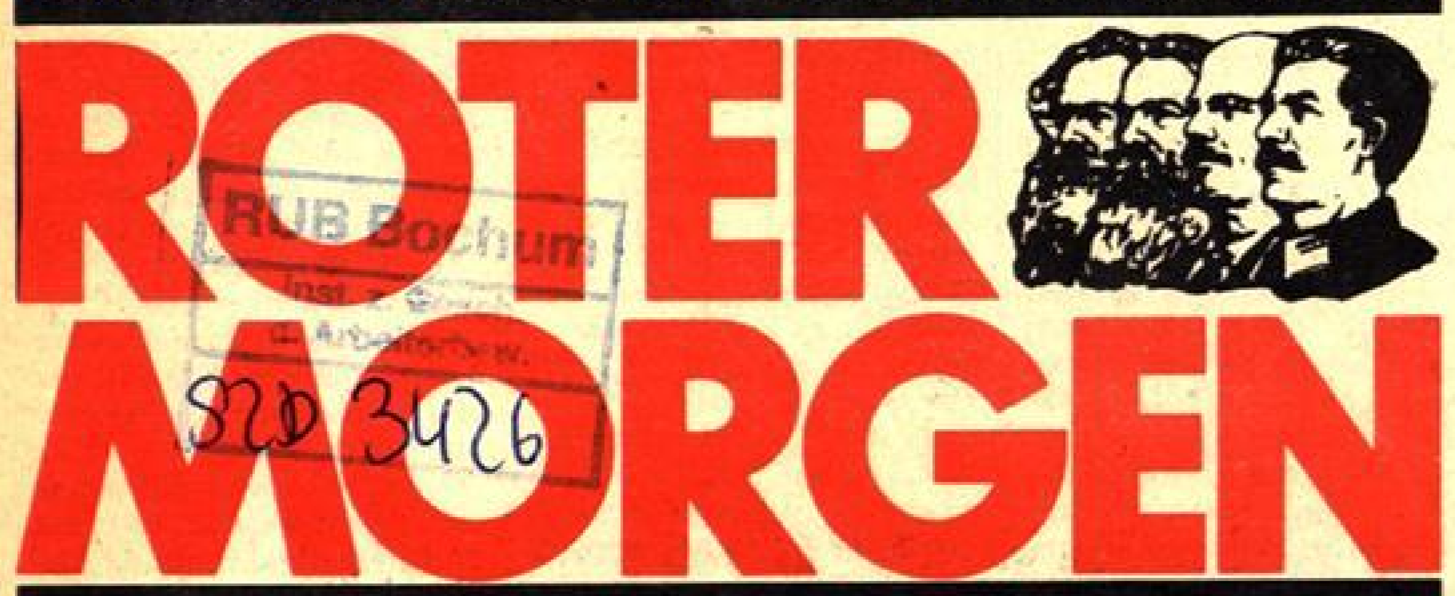
DGB beschließt neues Aktionsprogramm Seite 5

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 14 vom 6. April 1979 13. Jahrgang 50 Pfennig

100 000 forderten in Hannover

Weg mit dem Atomprogramm!

Gorleben-Demonstration unter dem Eindruck der Harrisburg-Katastrophe

Mit Traktoren waren die Bauern gekommen, aus dem Wendland, wo die Atomfabrik Gorleben entstehen soll, aus Grohnde, selbst aus dem badischen Wyhl. Und an die Hunderttausend AKW-Gegner demonstrierten gemeinsam mit ihnen durch die Straßen der niedersächsischen Landeshauptstadt: gegen die Anlage in Gorleben, gegen das Bonner Atomprogramm.



Beklemmende Aktualität hatte der Massenaufmarsch in Hannover plötzlich bekommen. Harrisburg — dieser Name war in aller Munde. Harrisburg — ein außer Kontrolle geratener Reaktor. Die Gefahr der tödlichen radioaktiven Verseuchung ganzer Landstriche. „Ich glaube nicht, daß eine ernsthafte Gefahr bestanden hat", erklärte der Sprecher des Konzerns, der das AKW betreibt, noch nach der Katastrophe.

Das kennt man auch aus unserem Land, von den Hunderten „kleiner" Unfälle in den Atommeilern der Bundesrepublik. Die Bevölkerung wird systematisch über die Gefahren belogen, ein wirksamer Katastrophenschutz ist nicht eingeplant. Und was jetzt in Harrisburg geschah, das wurde einfach für unmöglich, ja undenkbar erklärt. Wurde? Nein, sie machen weiter mit den Beschwichtigungen, den Lügen. Ministerpräsident Albrecht am Samstag zu Bauern aus dem Wendland: „So etwas wie in Harrisburg kann es in Gorleben nicht geben." Wie hieß es doch auf einem Transparent in Hannover? „Für den Profit der Reichen geht Albrecht über Leichen!"

Für die Profite der Monopolherren, die sich am gigantischen Atomgeschäft gesundstoßen, wird die schleichende Verseuchung wie auch die große Katastrophe bewußt in Kauf genommen. Aber eines ist sicher: Nach Harrisburg werden es die Herren noch schwerer haben, ihre menschenfeindlichen Pläne zu verwirklichen. Harrisburg wird einem noch größeren Kreis von Werktätigen in Stadt und Land die Notwendigkeit bewußt machen, sich dem Bonner Atomprogramm mit aller Kraft zu widersetzen und es zu Fall zu bringen.

Sofortige Einstellung der Bauarbeiten in Gorleben!
Stillegung aller Atomkraftwerke!

Verjährungsdebatte im Bundestag — eine Farce!

Die Forderung steht nach wie vor: Keine Verjährung von Nazi-Verbrechen!

Sichtlich Rücksicht nehmen mußten die Parteien im Bonner Parlament auf die Empörung unseres Volkes über die Nazi-Verbrechen, die in der „Holocaust"-Diskussion zum Ausbruch kam.

Deshalb schickte man Redner vor, die man auf irgendeine Weise mit dem Widerstand gegen Hitler in Verbindung setzt. So zum Beispiel Graf Stauffenberg, den Sohn des bekannten Widerstandskämpfers gegen Hitler. Da brauchten sich solche offen reaktionären Befürworter der Verjährung wie F. J. Strauß nicht den Mund zu verbrennen.

In Wirklichkeit ging es aber nur darum: Sollte man offen die Verjährung von Nazi-Verbrechen befürworten oder sollte man einen faulen Kompromiß schließen (Wehners Antrag auf Verjährung von Mord „schlechthin"), oder sollte man den Wehner-Plan noch gleich dazu benutzen, um einen Schlag gegen die Opfer des Hitler-Faschismus zu führen? Für das letztere steht Johann Baptist Gradl (CDU), der zum Beispiel die „Morde am deutschen Volk" („Vertreibung" etc.) meint, wenn er dem Wehner-Plan zustimmt!

Diese Farce führt den Demokraten und Antifaschisten vor Augen: Von diesem Parlament ist nur eine Rehabilitierung des Faschismus und seiner Verbrechen zu erwarten!

(Siehe auch Seite 7)

Tausende demonstrierten gegen Berufsverbote!



Dichtgedrängt zogen mehr als 17 000 Menschen zum Kundgebungsplatz.

Etwa 17.000 Demonstranten zogen vergangenen Samstag in drei Zügen nach Bonn, um gegen die Berufsverbote im Bonner Staat zu protestieren.

Viele der Teilnehmer, die sich zu einer Abschlußkundgebung im Bonner Hofgarten versammelten, bekundeten auf umgehängten Plakaten, daß sie selber vom Berufsverbot betroffen sind.

Während der Bonner Staat durch die teilweise Abschaffung der Regelanfrage den Anschein zu erwecken versucht, mit den Berufsverboten sei es nun vorbei, wurde auf dieser Demonstration die Tatsache entlarvt, daß die Zahl der Berufsverbote weiterhin im Steigen begriffen ist. Nach wie vor bleibt deshalb die Forderung aktuell: „Weg mit den Berufsverboten!"

Die Zahl der Demonstranten wäre sicherlich noch größer gewesen, wenn die Protestdemonstration nicht gleichzeitig mit den Aktionen um Gorleben stattgefunden hätte.

Bundeswehr/Ausland

In der vergangenen Woche hat Bundeskanzler Schmidt erstmals die Bereitschaft der Bundesregierung öffentlich zugegeben, im Rahmen der sogenannten „UNO-Friedenstruppen" Bundeswehr bewaffnet im Ausland einzusetzen (siehe Kommentar Seite 2).

300 Antifaschisten gegen NPD

Über 300 Antifaschisten bekundeten auf einer Kundgebung in Brüggen ihren Protest gegen die Abhaltung des NRW-Landesparteitages der NPD. Zu dieser Kundgebung hatte der „Aktionskreis gegen Neonazis" aufgerufen. Auch Vertreter der VVN und der ÖTV-Landesgruppe nahmen teil.

Bereits am Vormittag waren antifaschistische Demonstranten gegen Kundgebungen der NPD in Viersen und Mönchen-Gladbach aufgetreten. Auf der Nazi-Kundgebung in Viersen versammelten sich knapp 15 Faschisten um ihren Chef Harting, die dann von etwa 60 Antifaschisten eingekreist wurden.

Volksabstimmung im Iran

„Einstimmig" hätte die iranische Bevölkerung bei der Volksabstimmung am Wochenende für die „Islamische Republik" votiert. Das erklärte am Sonntag der religiöse Führer Khomeiny. Allerdings standen bei der Abstimmung nur die Monarchie und die „Islamische Republik" zur Wahl. Jeder, der sich gegen das alte Regime erklären wollte, mußte also zwangsläufig für die Republik Khomeinys stimmen, für die zudem bis heute noch kein Programm existiert. Angesichts dieser Scheinalternative hatten revolutionäre Organisationen und Vertreter nationaler Minderheiten zum Boykott der Wahlen aufgerufen. Die revisionistische Tudeh-Partei allerdings forderte zur Stimmabgabe für die „Islamische Republik" auf.

Als Maßnahme zur Einschüchterung muß die Tatsache gewertet werden, daß die Regierung anordnen ließ, daß jeder Teilnehmer an der Wahl einen Stempel in den Personalausweis bekam. Dadurch können diejenigen, die die Wahl boykottiert haben, jederzeit kenntlich gemacht werden.

Ausschluß Ägyptens aus der Arabischen Liga

Nach fünftägigen Verhandlungen einigten sich am Wochenende die in Bagdad versammelten Außen- und Wirtschaftsminister der Arabischen Liga auf eine Reihe von Beschlüssen gegen das in Washington ausgehandelte Separatabkommen zwischen Israel und Ägypten.

So sollen die diplomatischen und Wirtschaftsbeziehungen zum Sadat-Regime abgebrochen werden, Ägyptens Mitgliedschaft in der Arabischen Liga suspendiert und der Sitz der Liga von Kairo nach Tunis verlegt werden. Die Vertreter des proamerikanischen Regimes hatten bis zum Ende der Tagung hartnäckigen Widerstand gegen die Beschlüsse der Liga geleistet. Außerdem konnten sich weitreichendere Forderungen, wie die der PLO nach einem Wirtschaftsboykott gegen die USA, nicht durchsetzen.

Inwieweit die Beschlüsse der Liga auch allgemein durchgesetzt werden (der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kairo ist ohnehin nur als Empfehlung formuliert) ist fraglich. Besonders Saudi-Arabien nimmt in den Plänen des USA-Imperialismus eine bedeutende Rolle ein. Es soll unter anderem auch weiterhin die Aufrüstung des ägyptischen Regimes mit amerikanischen Waffen mitfinanzieren.

Die Tagung der Arabischen Liga war begleitet von neuen massiven Protesten der arabischen Völker gegen das israelisch-ägyptische Separatabkommen (siehe auch S. 11)

Demonstrationsverbot in Frankreich

Mit großer Empörung haben die französischen Werktätigen auf die Ende letzter Woche verfügte faktische Aufhebung des Demonstrationsrechtes reagiert. Staatspräsident Giscard hatte seinen Innenminister Bonnet angewiesen, alle Demonstrationen und Kundgebungen in Städten zu verbieten, „wenn die Sicherheit nicht absolut garantiert ist."

Das ist die Antwort des französischen Staates auf die anhaltenden Kampfaktionen der Stahlarbeiter, auf den großen Marsch nach Paris, auf Streiks, Fabrikbesetzungen und Massendemonstrationen, mit denen sich die französischen Werktätigen gegen die Angriffe der Kapitalisten und die staatliche Krisenpolitik wehren. Giscard hatte auch noch die Stirn, sein Demonstrationsverbot mit der Sorge der Bevölkerung vor Ausschreitungen demonstrierender Arbeiter zu rechtfertigen.

Tatsache ist jedoch, daß es in den Stahlarbeiter-Städten Longwy und Denain die Einheiten der Bürgerkriegstruppe CRS waren, die brutal Streikende und Passanten angriffen, die mit ihren Gasgranaten überall Zerstörungen anrichteten. Tatsache ist auch, daß beim Marsch auf Paris von Gewerkschaftern ein maskierter und bewaffneter Polizist festgenommen werden konnte, dessen Aufgabe es war, in der Maske des „Linksradikalen" Schaufenster zu zertrümmern und andere Provokationen zu verüben.

Und eine Tatsache ist es schließlich auch — das hat vor allem der Marsch auf Paris unter Beweis gestellt — daß die werktätige Bevölkerung Frankreichs, auf die sich Giscard schamlos beruft, mit den um ihre Existenz kämpfenden Arbeiter solidarisch ist. Und daran wird keine Hetze und kein Demonstrationsverbot etwas ändern.



Schon die ganzen letzten Wochen ging die Polizei rücksichtslos gegen demonstrierende Arbeiter vor. Unser Bild: Mit Schlagstöcken geht die Polizei gegen Eisenbahnarbeiter vor, die gegen geplante Rationalisierungsmaßnahmen protestieren.

Kommentar

Gegenüber Unteroffizieren der Bundeswehr bewertete der Bundeskanzler Schmidt in der letzten Woche Überlegungen, nach denen Soldaten der Bundeswehr an sogenannten UNO-Friedenstruppen beteiligt werden sollten, als „prinzipiell positiv". Damit hat eine Bundesregierung zum ersten Mal öffentlich ihre Bereitschaft bekundet, unter dem Deckmantel der „UNO-Friedenssicherung" Bundeswehrkampfeinheiten ins Ausland zu schicken und dort einzusetzen.

Bundeswehr als „UNO-Friedenstruppe"?

Derartige Absichten hatten die Bonner Politiker bisher immer weit von sich gewiesen. Noch im Juni 1978 hatte Bundesverteidigungsminister Apel versichert, daß auch künftig keine bewaffneten Bundeswehrsoldaten bei militärischen Einsätzen der UNO von der Bundesregierung abgestellt würden. Im März 1979 aber waren die angeblichen Grundsätze bereits über den Haufen geworfen.

Die sogenannten UNO-Friedenstruppen haben noch nie der Sache des Friedens und der wahren Sicherheit in der Welt gedient; sie wurden vielmehr von den beiden Supermächten, den USA und der Sowjetunion, dazu ausgenutzt, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen und ihre aggressive Hegemoniepolitik in verschiedenen Teilen der Welt voranzutreiben. Die amerikanische Supermacht zum Beispiel hat ihre Kriege gegen das koreanische Volk und gegen die Völker des Kongo unter dem Deckmantel des Eingreifens der UNO geführt. Auch im Nahen Osten verfechten gegenwärtig die UNO-Truppen die Interessen der USA und ihrer Verbündeten; sie unterstützen die israelischen Zionisten gegen die palästinensische Revolution.

In diesem militärischen Kräftemessen wollen nun auch die westdeutschen Imperialisten aktiv und bewaffnet mitmischen. Ein Bundeswehrsoldat muß nun damit rechnen, einmal im Ausland, in Übersee in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt zu werden, Kriege gegen fremde Völker führen und den Kopf für die Interessen der westdeutschen Geschäftemacher hinhalten zu müssen. „Die Vorstellung, daß Sie davon verschont bleiben könnten, führt Sie in die Irre", bemerkte Schmidt gegenüber den Unteroffizieren. Kämpfen demnächst in die Uniform gepreßte deutsche Werktätige gegen palästinensische Freiheitskämpfer? Im letzten Sommer war die Bundeswehr bereits an Transport- und Nachschubaufgaben für die UNO-Truppen im Nahen Osten beteiligt.

Schmidts Äußerung kam nicht von ungefähr; sie ist nur ein bisheriger Höhepunkt in der auswärtigen Militärpolitik des Bonner Staates. Seit Jahren bereits sind westdeutsche Soldaten im Ausland (außerhalb der NATO-Staaten) als Militärberater tätig, so zum Beispiel in den sechziger Jahren in Tansania. Die bundesdeutschen militärischen Geheimdienste operieren in der ganzen Welt gegen die Freiheit der Völker. Der Bundesnachrichtendienst (BND) war zum Beispiel an der Organisierung des faschistischen Putsches in Indonesien, dem Hunderttausende freiheitsliebender Menschen zum Opfer fielen, beteiligt. Immer wieder, entgegen allen Beteuerungen und in Umgehung gesetzlicher Bestimmungen, hat die Bundesrepublik Waffen in Spannungsgebiete geliefert und damit versucht, auf den Verlauf bewaffneter Konflikte einzuwirken. Vorzugsweise belieferte sie dabei faschistische und reaktionäre Regime wie Südafrika, Israel, Rhodesien, Indonesien, Brasilien, Argentinien und den Iran des Schah. Es gehört auch bereits zur Tradition der Bundeswehr, in ihren Kasernen und Schulen Offiziere vornehmlich aus faschistischen Ländern auszubilden. Der Fall des chilenischen Oberstleutnants Krasshaar, der 1976 an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg ausgebildet wurde, steht für viele.

Deutsche Soldaten als bewaffnete Schutzmacht für reaktionäre Regierungen, als Ordnungs- und Kriegsmacht in fernen Weltgegenden? Die Vorstellung ist alt. Sie ist von den Großmachtpolitikern der jüngeren deutschen Geschichte, einem Bismarck, einem Wilhelm II., einem Hitler, in anmaßenden Worten immer wieder beschworen, ausgemalt — und verwirklicht worden. Verwirklicht in blutigen Kriegen, verwirklicht zum Schrecken der Völker der ganzen Welt, verwirklicht auch zum Schaden des deutschen Volkes.

Mit seinen Äußerungen hat sich der Bundeskanzler Schmidt offen in diese militaristische Traditionslinie gestellt. Der wiedererstarkte westdeutsche Imperialismus schickt sich an, sein militärisches Gewicht in die Waagschale der Weltpolitik zu werfen. Für die Völker der Welt, und besonders auch für das deutsche Volk, heißt es: wachsam sein!

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Jahresbericht des Wehrbeauftragten

Schikanen und Mißhandlungen

Bonn, 28. März. Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Berkhan, hat am Mittwoch dem Parlament und der Öffentlichkeit seinen Jahresbericht vorgelegt. Ihm seien 1978 aus den Reihen der Bundeswehr *„mehr Grundrechtsverletzungen von Gewicht"* bekanntgeworden als in den ersten drei Jahren seiner Tätigkeit. Berkhan fügte ausdrücklich hinzu, daß er *„nicht von sämtlichen, sondern womöglich nur oder nicht einmal von den schwersten Mißgriffen"* Kenntnis erhalten habe.

Diese Beobachtungen ließen zwar aufhorchen, so sagte Berkhan, rechtfertigten jedoch nicht die Schlußfolgerung, daß es bei den Streitkräften zu einer Verschlechterung im Hinblick auf die Wahrung der Menschenwürde gekommen sei.

Hier einige Fälle, die durch Anzeigen und Ermittlungsverfahren bekanntgeworden sind:



• Vier Unteroffiziere schikanierten einen Obergefreiten. Sie hängten ihn mit seinem Koppel an die Tür, setzten ihn auf einen Spind und legten ihn dann auf den Tresen eines Geschäftszimmers, wo ihm Hose und Stiefel ausgezogen wurden.

• Ein Kompaniechef verhaftet einen Gefreiten, der ihm angetrunken erscheint. Er kommt aber nicht in eine Arrestzelle, sondern wird auf Befehl des Kompaniechefs nur mit Unterwäsche und Socken bekleidet eine ganze Nacht mit Handschellen an einen Unimog gekettet. Zwar erhält er später Stiefel und einen Schlafsack, bleibt aber fast zwölf Stunden an das Fahrzeug gekettet.

• Während eines militaristischen Rituals wird ein Soldat so schwer verletzt, daß er vom Hals abwärts voll gelähmt ist. Er war zur „Pioniertaufe" befohlen worden. Dabei mußten sich die Soldaten mit vorgebeugtem Oberkörper über den Wulst eines mit Wasser gefüllten Schlauchbootes legen und bekamen dann mit einem Spaten einen solchen Schlag versetzt, daß sie kopfüber ins Bootsinnere stürzten. Dabei brach sich der Soldat den Halswirbel.

Aber nur die wenigsten Schikanen dieser Art werden aus Angst vor der Rache der Vorgesetzten zur Anzeige gebracht. Das wird auch von Berkhan ausdrücklich bestätigt, indem er zugibt, daß er von den *„schwersten Mißgriffen"* keine Kenntnis habe. Was das allerdings mit Wahrung der Menschenwürde zu tun hat, wird das Geheimnis des Wehrbeauftragten bleiben.

Juso-Kongreß

Mit „linken" Phrasen Stimme für die SPD

Die in den letzten Jahren politisch stark abgewirtschafteten „Jungsozialisten in der SPD" (Jusos) brachten sich am letzten Wochenende wieder mal in die Schlagzeilen. In Aschaffenburg hielten sie einen dreitägigen Kongreß ab.

Die Töne, die in den Reden und Resolutionen der Vertreter der Jugendorganisation der Regierungspartei SPD aufklangen, schienen auf eine gelinde Radikalisierung, einen Ruck nach links anzudeuten. Da wurde ein völliger Betriebsstop für Atomkraftwerke in der Bundesrepublik und der Verzicht auf den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben gefordert. Einige SPD-Minister wurden mit kritischen Bemerkungen bedacht; sogar der Rücktritt des Postministers Gscheidle wurde gefordert, weil er den Schwenk der SPD zu einer „milderen Praxis" in der Radikalen- und Berufsverbotsfrage nicht mitgemacht habe. Die Jusos kritisierten unter anderem die Regierungspolitik gegenüber den Arbeitslosen und den Jugendlichen. Natürlich erhoben sie auch ihre Stimme gegen die Nazis und Neo-Nazis; sie entdeckten plötzlich die Unvereinbarkeit zwischen einer Mitgliedschaft in der SS-Tarnorganisation HIAG und in der SPD. Gewaltig waren wieder ihre Worte gegen die Reaktionäre aus der CDU, Carstens und Konsorten.

Bei näherem Zusehen aber erwiesen sich die „linken Gebärden" und die zur Schau gestellte Radikalität als bloßes Manöver, als Mache. Es sind „Appetithäppchen", die dargeboten werden, um Stimmen aus der Bewegung der Kernkraftgegner, der Jugend, der Gewerkschafter für die reaktionäre Politik der SPD sowie der SPD/FDP-Regierung zu ködern. Besonders in den Betrieben wollen die Jusos verlorenes Terrain wieder zurückgewinnen. So schrieb etwa die SPD-Zeitung „Vorwärts", es gehe darum, „gemeinsam mit der Führung der DGB-Jugend durch Sacharbeit den wachsenden Einfluß kommunistischer Organisationen einzudämmen und zurückzudrängen. Ein Arbeitsfeld, das besonders aktiviert werden soll..." — Die Unzufriedenheit vieler Kollegen mit der DGB-Führung, besonders aber auch die Aktivitäten und Erfolge der RGO, verursachen den Herrschaften wohl Kopfschmerzen. —

Aus ihrer Absicht, mit linken Sprüchen Stimmen aus dem sogenannten Protestwählerpotential zu ködern, machen die Jusos kein Hehl. Sie äußerten ihre betrügerischen Absichten sogar so offen, daß man sich fragt, für wie dumm sie eigentlich die Massen der politisch denkenden Jugendlichen, der Atomgegner, der klassenbewußten Arbeiter und aktiven Gewerkschafter halten.

„Ein plattes Ja der SPD zur Atomkraft", erklärte der Juso-Vorsitzende Schröder in einem Interview, „würde natürlich die Kluft zu Teilen unserer Wählerschaft — und dazu gehören die Grünen und Alternativen — notwendig vergrößern. Eine solche Politik im Energiebereich könnten die Jungsozialisten wirklich nicht unterstützen." — Es wurden auf dem Kongreß da her Beschlüsse gefaßt, die — so der „Vorwärts" — „weiterhin garantieren, daß Jungsozialisten ernstgenommene Gesprächspartner für die im Energie- und Umweltbereich arbeitenden Bürgerinitiativen bleiben".

Die Rolle, die die Jusos im Gesamtkonzept der SPD spielen sollen, faßte der Vorsitzende Schröder so zusammen: „Die Partei muß begreifen, daß sie ihre Jugendorganisation nicht reglementieren kann. Das verscheucht die Wähler von morgen. Die müssen es einfach aushalten, daß sie von den Jungen auch mal in den Arsch getreten werden. Wenn sie das nicht tun, schaden sie sich nur selber. Leute wie Brandt, Bahr und Koschnick haben das längst erkannt."

5 Jahre nach der Anzeige: SS-Mörder noch immer ungeschoren!

1974 wandte sich ein jugoslawischer Bürger an Wiesenthal, den Verfolger von Nazi-Verbrechern. Er machte auf den ehemaligen Leiter der Gestapostelle von Jesenice (Slowenien), SS-Hauptsturmführer Druschke, aufmerksam, der sich bei der „Partisanenbekämpfung" zahlreicher Morde und Massenmorde schuldig gemacht hat.

Wiesenthal wandte sich an die Ludwigsburger Zentralstelle für die Verfolgung von Nazi-Verbrechen. Aber erst 1977 wurde Druschke ausfindig gemacht: Er besitzt eine Gaststätte „Waldschenke auf dem Heiligen Berg" in Heidelberg! Bis auf den heutigen Tag befindet sich Druschke auf freiem Fuß.

Der jugoslawische Zeuge, F. Koritnik, ist selber Opfer des Gestapo-Mörders: Druschke brach ihm die Knochen! Als Wiesenthal sich auf die Hinweise Korotniks hin an Ludwigsburg wandte, konnten die deutschen Behörden Druschke lange nicht finden, weil er angeblich nicht in der SS-Kartei stand, obwohl er ein SS-Hauptsturmführer war. Auch gab Ludwigsburg, kein Material über Erschießungen in Jugoslawien zu haben (bekanntlich wird „Partisanenbekämpfung" bei den deutschen Verfolgungsbehörden nicht als Nazi-Verbrechen angesehen und verfolgt). Erst als Wiesenthal selber die Suche nach Druschke aufnahm, wurden die deutschen Behörden plötzlich „fündig".

Umfangreiches Belastungsmaterial wirft Druschke eine Massenerschießung von 44 Zivilisten 1942, die Erschießung eines 19jährigen Jugoslawen 1944, die Erschießung von 15 Zivilisten (darunter eine schwangere Frau) 1942, eine Hinrichtung von sechs Personen als „Rache" für einen Explosionsunfall in Druschkes Wagen 1944 und die Durchführung eines „Schnellgerichts", bei dem auch Todesurteile verhängt wurden, vor.

In Vernehmungen in Heidelberg gab Druschke zu, der gesuchte Gestapo-Leiter zu sein. Auch wurde er bei einer Gegenüberstellung vom Zeugen Koritnik wiedererkannt. Dennoch leugnet er alle Mordvorwürfe. Mit guter Aussicht auf Erfolg: Die Polizeistelle Klagenfurt, der Druschke während des Krieges unterstand, hat nämlich nach 1945 alle Personalunterlagen vernichtet!

Bonn wirbt für seine Terrortruppe

„Wer diese Ausbildung mitgemacht hat, der wird immer ein begehrter Mann sein, nicht nur beruflich...", so heißt es vielsagend in einem Werbeprospekt für die GSG 9, eine Spezialeinheit des Bundesgrenzschutzes, die sich beim berüchtigten „Einsatz in Mogadischu" zweifelhaften Ruhm erwarb.

Am Dienstag, den 27. März demonstrierte die Elite-Truppe in einer Kaserne in Hangelar ihre Perfektion.

Aber auch Kritisches wurde laut. Oberst Wegener, Chef der Truppe, hatte die „Bürohengste" und den „Bürokratenkram" als arglistige Feinde erkannt. Er forderte: „Eine besondere Einheit verlangt auch eine besondere Regelung." Bereits durchgesetzt hat er, daß Soldaten der Bundeswehr, vornehmlich Fallschirmspringer und Kampfschwimmer, zu seiner Truppe stoßen.

Manöver der Besatzertruppen in Westberlin



1.500 Mann mit 300 Gelände- und Kettenfahrzeugen waren mobilisiert. Hubschrauber stießen donnernd aus den Wolken herab, landeten dicht an Wohngebieten. Ein S-Bahn-Fahrer brachte seinen Zug zum Stehen, als er Soldaten mit schußbereiter MG am Bahndamm kauern sah.

Eine üble Schleiferei für die einfachen Soldaten, die in dieser Zeit kaum zum Schlafen kommen. Der Sinn des Ganzen: Machtdemonstration gegenüber dem östlichen Rivalen, aber auch der Westberliner Bevölkerung sollte unmißverständlich klargemacht werden, wer in Westberlin der Herr im Hause ist.

Freilassung von Hess gefordert — Stalin verleumdet

Kurz bevor der Bundestag in Bonn in großer Pose die Verjährungsdebatte eröffnete, brachten 30 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion eine kleine Anfrage ins Parlament ein. Darin fordern sie die Freilassung des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess.

Es kann niemanden wundern, daß eine Partei, die selber prominente Altnazis in führenden Positionen hat, die Verbrechen von Hess in ihrer Anfrage verharmlost. Zudem haben sich ja auch Bundespräsident Scheel und prominente Regierungsmitglieder für die Freilassung Hess' stark gemacht.

Ein Satz in der Anfrage verdient jedoch besondere Aufmerksamkeit: „Stalin und die Politiker der Sowjetunion (...) wurden vom Internationalen Militärtribunal nicht zur Verantwortung gezogen."

Wofür wollen sie Stalin zur Verantwortung ziehen? Daß die deutsche Armee bei Stalingrad vernichtend geschlagen wurde? Daß Stalin an der Spitze der weltweiten Front gegen den Faschismus stand? Sie können es offenbar immer noch nicht verwinden, daß Stalins Rote Armee dem Faschismus das Genick gebrochen hat!

Massendemonstration gegen Wiederaufbereitungsanlage

Bauern und Gewerkschafter marschierten gemeinsam

Am Samstag war Hannover Schauplatz einer der größten Demonstrationen in der Geschichte der Bundesrepublik. Mindestens 80 000 bis 100 000 Kernkraftgegner waren gekommen, um ihren Protest gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben zu zeigen.

Der Demonstrationszug war mindestens zehn Kilometer lang. Als auf dem völlig überfüllten Klages-Markt die Schlußkundgebung bereits voll im Gange war, hatte der Abmarsch für einen Teil der Demonstranten noch gar nicht begonnen. Nur ein Teil der Demonstrationsteilnehmer konnte an der Schlußkundgebung teilnehmen.

An der Demonstration nahmen viele gewerkschaftliche Gruppen teil. An der Spitze des gewaltigen Zuges marschierten die Bauern, die mit Hunderten von Treckern aus dem Kreis Lüchow-Dannenberg gekommen waren. Hinter den Kolonnen der Bauern kamen die Kollegen des Ortsvereins Hamburg der IG Druck und Papier und weitere Gruppen aus anderen DGB-Gewerkschaften. Auch ein Block der KPD/ML und ihrer Jugendorganisation Rote Garde marschierte in dem Demonstrationszug mit.

Immer wieder die Parole „Gorleben soll leben!". Die Bauern aus dem Kreis Lüchow-Dannenberg hatten außerdem noch weitere Parolen, mit denen sie klar zum Ausdruck brachten, wie sie über die verbrecherischen Pläne der Regierung und der Konzernmaffia denken: *„Weil sie giern nach Macht und Geld, vergiften und plündern sie unsere Welt" — „Wenn das kein Atom-Staat ist — auf 30 Bürger ein Polizist" — „Mit BGS und Polizei sind wir nicht mehr frei — Gorleben soll leben" — „Albrecht, wenn euch die vielen tausend Demonstranten nicht reichen, müssen wir zu Waffen greifen"" — „Albrecht und der DWK wird es gehen wie dem Schah"* (DWK: Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen)

Zahlreiche Solidaritätsresolutionen wurden an die Demonstranten geschickt, unter anderem von den Naturfreunden, von einem DGB-Kreis aus Niedersachsen und von 60 Krankenschwestern aus einem Hannoveraner Krankenhaus.



„Albrecht und die DWK — werden enden wie der Schah", „Atomlobby — ab nach Harrisburg!", zwei bezeichnende Parolen auf der Massendemonstration in Hannover. Der Treck und die Demonstranten wurden von vielen Zuschauern begrüßt.

Der machtvolle Protest der Kernkraftgegner in Hannover stand durch den katastrophalen Reaktor-Unfall in Harrisburg natürlich unter einem besonderen Vorzeichen. Die unmittelbare, drohende Gefahr einer atomaren Katastrophe, aber auch die zynische Art, wie in den USA die Behörden die Bevölkerung der ungeheuren Bedrohung preisgeben, wie sie den Menschen Sand in die Augen streuen, anstatt für ihre Sicherheit zu sorgen — all dies macht auf eindringliche Weise deutlich, wie absolut berechtigt, wie lebensnotwendig der Kampf gegen das verbrecherische Wiederaufbereitungsprojekt in Gorleben ist und überhaupt gegen des Betreiben von Atomkraftwerken durch die westdeutschen Monopole und ihre Bonner Regierung.

Am Abend zur Abschlußveranstaltung war die Niedersachsenhalle mit zehntausend Besuchern völlig überfüllt. Tausende drängten sich vor den Türen und im Nebenraum. Eine Sprecherin der Bauern von Lüchow-Dannenberg berichtete von der „Anhörung", zu der Ministerpräsident Albrecht sich herabgelassen hatte. Sie wies darauf hin, daß Albrecht deutlich hat durchblicken lassen, das Wiederaufbereitungszentrum werde in Gorleben auf jeden Fall gebaut. In der Halle brach daraufhin ein Sturm der Empörung aus. Minutenlang wurden Parolen gerufen wie: „Weg mit dem Atomprogramm!"

Auf der Veranstaltung sprachen verschiedene Atomwissenschaftler. Sie wiesen nach, daß die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben ungeheure Gefahren schafft und daß die Argumente der Befürworter des Projekts wissenschaftlichen Ansprüchen nicht im geringsten standhalten.

Auch ein französischer Wissenschaftler, Teilnehmer des offiziellen Hearings, sprach auf der Veranstaltung, obwohl alle Teilnehmer dieses Hearings unter Druck gesetzt worden waren, daß sie sich nicht an die Öffentlichkeit wenden. Zu dem Hearing sagte er: „Dieses ganze Hearing zeigt eigentlich die Dekadenz der Bourgeoisie".

Im Anschluß an die Veranstaltung in der Niedersachsenhalle kam es noch zu einem Fackelzug aus Anlaß der Reaktor-Katastrophe in Harrisburg, an dem sich Tausende von Menschen beteiligten.

Helle Aufregung herrscht in Bonn. Im Laufe der letzten Woche traten Beratungsausschüsse auf Bundesregierungs- und Parlamentsebene zusammen. Geplant ist die umfassende Information der Öffentlichkeit über die Sicherheitsvorkehrungen in westdeutschen Atomkraftwerken, die Feststellung etwaiger Mängel steht auf dem Plan. Die Landesregierung von Baden-Württemberg läßt Jod-Tabletten an die Bevölkerung verteilen. Sie sollen dafür sorgen, daß die menschliche Schilddrüse im Falle eines schweren Atomzwischenfalls so wenig wie möglich radioaktives Jod aufnimmt.

Schwerer Reaktorunfall in Harrisburg (USA)

Menschen auf der Flucht vor dem Atomtod

Der RWE-Konzern, Westdeutschlands größter Stromerzeuger, hat den Sicherheitsbeirat des Atomkraftwerks Biblis zusammengerufen.

Nachdem man uns die letzten Jahre ununterbrochen mit Sicherheitsgarantien geradezu bombardiert hat, nachdem man uns eingehämmert hat, die Wahrscheinlichkeit eines gefährlichen atomaren Zwischenfalls sei so groß wie die Möglichkeit, daß ein Meteorit eine mittelgroße Stadt zerstörte, sind der Atomlobby die Knie weich geworden, denn der Unfall im Atomkraftwerk „Three miles Island" hat sämtliche Sicherheitstheorien als äußerst fragwürdig entlarvt.

Denn dort in Harrisburg, im amerikanischen Bundesstaat Pensylvania, zeichnet sich genau das ab, was nach den Versicherungen der Atomlobby völlig außerhalb des Bereichs der Wirklichkeit liegt.

In Harrisburg droht der Super-GAU (GAU heißt: Größter anzunehmender Unfall). Zum GAU kam es am Mittwoch, den 28. März, als ein Defekt am Primärsystem des Reaktors auftrat und infolgedessen radioaktiver Dampf austrat.

Mehrere Stunden lang strömte der hochgradig vergiftete Dampf ins Freie. Dann trat genau das ein, was nach Meinung westdeutscher Wissenschaftler völlig ausgeschlossen ist, die Notkühlanlage funktionierte nicht. Der Reaktor machte sich selbständig, wurde zunehmend heißer.

Kann diese Überhitzung nicht gestoppt werden — und bis Redaktionsschluß ist das nicht gelungen — schmilzt der Reaktorkern ein, erhitzt sich dabei auf über 2 000 Grad Celsius und frißt sich langsam aber sicher ins Erdreich, wo sich die gesamte radioaktive Strahlung ungehindert im Boden ausbreiten kann, das Grundwasser auf unabsehbare Zeit vergiftet, den Boden unbenutzbar macht — die ganze Gegend wird unbewohnbar, eine Atomwüste.

Aber eine weitere Gefahr — nicht minder brisant — droht der Bevölkerung. Unter dem Deckel des Reaktors hat sich ein explosives, hoch radioaktives Wasserstoffgemisch gebildet, das infolge der ständig steigenden Temperatur in die Luft gehen kann. Die Sprengkraft könnte unter Umständen ausreichen, den gesamten Bau zu sprengen. **Dann würde der Reaktor ungehindert seine Energie verstrahlen. Nicht minder katastrophale Verseuchungen wären die Folge.**

Die Reaktion der verantwortlichen Stellen ist von großer Verwirrung, aber auch durch **skandalöse Verantwortungslosigkeit** gekennzeichnet. Bislang wurden schwangere Frauen und Kleinkinder evakuiert. Die totale Evakuierung wird vorbereitet, viele Menschen haben bereits auf eigene Faust die Flucht ergriffen. In Middletown, einer Nachbarstadt von Harrisburg, ist der Ausnahmezustand ausgerufen. Durch ständig sich widersprechende Meldungen wird die Bevölkerung in ihrer Angst völlig im Stich gelassen.

Die radioaktive Strahlung ist noch im Umkreis von 25 km festzustellen, obwohl der Reaktor von einem 1,20 Meter dicken Stahlbetonmantel umgeben ist. Im inneren hat die Strahlungsdosis längst das achtfache der tödlichen Dosis erreicht.

Werden die Experten den Reaktor wieder in den Griff kriegen? Diese Frage entscheidet über Leben und Tod! Unsere Experten brauchen nicht lange zu beraten. Die Konsequenzen liegen klar auf der Hand, und auf sie wurde schon jahrelang auch vor der sich anbahnenden Katastrophe in Harrisburg hingewiesen.

Alle Reaktoren müssen abgeschaltet werden!

Baustopp für alle neuen Atomkraftwerke!

Der Treck Gorleben-Hannover

Die Kundgebung in Lüchow

Am Sonntag, den 25. März begann in Gedelitz bei Gorleben der siebentägige Protestmarsch der Landwirte und Kernkraftgegner gegen das geplante Nukleare Entsorgungszentrum Gorleben. Der Treck erreichte am darauffolgenden Freitagabend Hannover. Das Motto des Zuges war: Albrecht, wir kommen!

Der Zug, der sich am Sonntag früh um elf Uhr in Bewegung gesetzt hatte, erreichte gegen 15 Uhr Lüchow. Unser Korrespondent war bei der folgenden Kundgebung in Lüchow dabei. Hier einige seiner Eindrücke.

Es waren rund 5000 Leute nach Lüchow gekommen. 350 Trecker waren dabei am Zug von Gorleben nach Lüchow beteiligt, ferner Autos, Radfahrer und auch Rollschuhfahrer. Die Trecker waren mit Transparentschildern versehen, auf denen Forderungen standen wie: „Wer auf Albrecht baut, hat auf Sand gebaut" oder „Wir wollen keine radioaktive Milch" oder „Gorleben ist überall, darum nirgendwo AKWs". — Vielleicht war der Treck für das politische Bewußtsein der Bevölkerung besser als Tausende von Flugblättern. Auf diese Weise sah man die Kampfkraft der Bauern und ihre Solidarität untereinander und zur sonstigen Bevölkerung. Der Treck bewirkte meiner Meinung nach eine Aktivierung des gesamten Gebietes Lüchow-Dannenberg.

Auf der Kundgebung wurden die Redner im allgemeinen gut aufgenommen, bis auf einen: den Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer, Voss. Bei seiner Rede kam es zu starken und zahlreichen Zwischenrufen. Ein NDR-Reporter fragte nach dem Grund, und es wurde ihm geantwortet: „Voss ist ein Kiesgrubenbesitzer und hegt kein ehrliches Interesse an der Nichtherstellung der Wiederaufbereitungsanlage." (Für den Bau der Plutoniumsfabrik werden große Mengen Kies benötigt.)

Ein anderer antwortete: „Ich äußere mich nicht dazu, da man nicht weiß, wer neben einem steht". Dieser Ausspruch kennzeichnete gut das von den Staatsorganen im Kreis Lüchow-Dannenberg geschaffene „Klima". Ich erfuhr, daß hier die Menschen eingeschüchtert worden sind; sie werden am hellichten Tag auf der Straße, beim Einkaufen usw. von irgendwelchen Leuten fotographiert. Als Passanten müssen sie sich die Personalkontrollen vom Bundesgrenzschutz gefallenlassen. Ein Demonstrationsteilnehmer erzählte, daß einer der Bundesgrenzschutzbeamten auf die Frage, ob er überhaupt zu solch einer Kontrolle ermächtigt sei, ihm ein Schriftstück vorzeigte, darauf war ausgewiesen, daß der Bundesgrenzschutz im Raum Lüchow-Dannenberg-Gorleben polizeiliche Befugnisse habe.

Auf der Kundgebung herrschte eine kämpferische und solidarische Stimmung. Das zeigte sich zum Beispiel auch daran, daß Anwohner des Lüchower Marktplatzes Fotographen aus den Reihen der Kernkraftgegner bereitwillig in ihre Wohnungen ließen, damit sie vom Fenster aus den Treck und die Kundgebung auf dem Marktplatz fotographieren konnten.

Während der Kundgebung verteilten wir die Bauernzeitung „Freies Landvolk". Sie wurde mit großem Interesse aufgenommen, wir behielten kein Exemplar zurück.



Das Atomkraftwerk Harrisburg in Pennsylvania

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Grubenunglück auf Zeche „Hansa"

Für eine vollständige Aufklärung der Unglücksursache!

Verantwortliche schweigen / Polizei rückt an

In unserer letzten Ausgabe berichteten wir auf Seite 6 von dem schweren Grubenunglück auf der Dortmunder Zeche „Hansa". Durch eine Schlagwetterexplosion waren sieben Bergleute, darunter zwei türkische Kollegen, ums Leben gekommen. Erst fünf Stunden nach dem Unglück wurden die Nachrichtenmedien informiert. Unmittelbar nach dem Unglück wurden die Aufzeichnungen der Kontrollgeräte vom Bergamt beschlagnahmt, und bis heute gibt es keine einzige Verlautbarung, die auch nur einen Hinweis auf die Ursache der Katastrophe geben würde!

„Das tragische Geschehen in der Nacht zum Freitag beweist einmal mehr, daß alle Vorkehrungen — auch in einer der modernsten Förderanlagen der Ruhrkohle — nur ‚Menschenwerk' sind." Diese „Erklärung", die die WAZ in ihrer Ausgabe vom 24. März der Öffentlichkeit anbietet, ist entschieden zu dürftig, nicht nur für die Ehefrauen und Kinder der verunglückten Kollegen, sondern für alle Bergleute, die morgen schon genau so „unerklärlich" verunglücken können.

In unserer letzten Ausgabe sprachen wir von zwei möglichen Ursachen, die unserer Meinung nach die Schlagwetterexplosion ausgelöst haben könnten.

Entweder hat ein schadhafter Lüfter das Grubengas gezündet oder ein Schwelbrand hat die Explosion ausgelöst. Die erste Vermutung können wir aufgrund neuer Erkenntnisse ausschließen, denn der vom Bergamt beschlagnahmte Lüfter war ziemlich weit vom Explosionsherd entfernt.

Bleibt die Frage, warum die hochempfindlichen Meßgeräte die lebensgefährliche Grubengaskonzentration nicht angezeigt haben. Bei einer Konzentration von 4,5 Prozent bis 14 Prozent ist Grubengas hochexplosiv, bei einer Konzentration von einem Prozent müssen die Meßgeräte Alarm schlagen, die Arbeit muß sofort eingestellt werden.

Der Leiter des Bergamtes, Schelter, teilte mit, daß die Explosion im Ort 6 erfolgte, genau an der Stelle, wo die Kohle abgebaut wurde (siehe Skizze).

Jeder Bergmann weiß, daß es zwei neuralgische Punkte für gefährliche Grubengaskonzentration gibt. Im Abbau können plötzlich größere Mengen Grubengas freigesetzt werden, die vorher im Berg eingeschlossen waren.

Den „Ruhrnachrichten" gegenüber äußerten sich zwei Kollegen in diesem Sinne: *„Eine Gasblase kann sich plötzlich gebildet haben, dann hat sich das Gebirge gesetzt, bekam Risse, und das Gas strömte aus."* Und die „Ruhrnachrichten" setzten hinzu: *„Trotz Meßgeräten wäre das nicht rechtzeitig bemerkt worden. Schon ein Funke, wie er beim Aufeinandertreffen von Metall und Stein entsteht, hätte die Katastrophe auslösen können."*

Der zweite neuralgische Punkt ist der obere Bereich der Örter (Firste). Das spezifische Gewicht von Grubengas (Methangas) ist geringer als das der Luft. Deshalb konzentriert sich das Grubengas an der Firste, ähnlich wie Öl auf Wasser schwimmt.

Nun kann die Belüftung (Bewetterung) der Örter so eingerichtet werden, daß gefährliche Grubengaskonzentrationen erst gar nicht zustande kommen, und in der Regel funktioniert das auch.

An der Stelle, wo die Örter vom Basisberg abzweigen, ist ein Ventilator angebracht, der durch eine Luftleitung die Frischluft bis vor Ort transportiert, der Ort wird bewettert. Von dort strömt das Wetter zurück. Die Abwetter strömen zurück zum Basisberg und werden da von Meßgeräten kontrolliert.

Auf der Skizze erkennen wir, daß durch den Abbau der Kohle die Örter 5 und 6 miteinander in Verbindung stehen. In beide Örter strömt Frischluft, kann aber über den eben beschriebenen Weg nicht mehr abfließen, sondern staut sich zwischen den Örtern 5 und 6, ein **Wetterkurzschluß** entsteht.

Gehen wir davon aus, in beiden Örtern befindet sich Grubengaskonzentration, die unterhalb der Warnschwelle (ein Prozent) liegt, so kann die Konzentration sich durch den Wetterkurzschluß schlagartig erhöhen. Die Meßgeräte können diese Gefahr aber nicht registrieren, da sie lediglich die Abwetter, die in den Basisberg entweichen, kontrollieren.

Wohlgemerkt, wir wissen nicht, ob es so war. Wir wissen aber, daß es so gewesen sein könnte. Daß Bergamt und Zechenleitung, aber auch die Gewerkschaft und der Hansa-Betriebsrat sich in Schweigen hüllen, bestärkt uns nur in unserer Ansicht.

In unserer letzten Ausgabe forderten wir: vollständige und sichere Überwachung der Grubengas- und Kohlenmonoxydwerte!

Da die Überwachung der Abwetter völlig unzureichend ist, konkretisieren wir: Firstenüberwachung und Überwachung im Gewinnungsbereich ist unbedingt erforderlich!

Polizei auf der Zeche

Am Freitagmorgen, dem Tag nach dem Unglück, hat sie mancher Kollege gesehen. Unauffällig-auffällige Polizisten in Zivil mit umgeschnallter Pistole waren auf Posten gegangen. Das registrierte auch die Dortmunder WAZ in ihrer Ausgabe vom 24.3.. Und sie verrät uns weiter:

„Auch die Türken bleiben geduldig. Insoweit hat die Betriebsleitung die Lage draußen vor der Tür überschätzt." Haben die türkischen Kollegen etwa den Schacht in die Luft gesprengt? Der wahre Grund: **Die Geschäftsleitung hatte schlicht und einfach die Hosen voll.** Als nämlich im letzten Februar auf der Schachtanlage „Westfalen" in Ahlen zwei türkische Kollegen tödlich verunglückten, forderten die türkischen Kollegen die Entlassung eines Steigers, der an diesem Unfall nicht ganz unschuldig war. Die Betriebsleitung reagierte mit Polizei, fristloser Kündigung und Hausverbot (wir berichteten darüber im RM 10/79, Seite 4).

Offensichtlich wollte die Hansa-Geschäftsleitung derartige Komplikationen erst gar nicht aufkommen lassen. Das ist ein weiteres Indiz dafür, daß die Verantwortlichen, die Geschäftsleitung, das Bergamt etc. nicht die geringsten Absichten erkennen lassen, für eine vollständige Aufklärung der tragischen Unglücks zu sorgen, daß sie im Gegenteil sehr schnell mit Maßnahmen bei der Hand sind, die Aufklärung des Unglücks durch die Kollegen bereits im Keim und mit unmißverständlichen Drohungen zu ersticken. Wir fordern: **Vollständige Offenlegung der Unglücksursache!**



Hier fanden sieben Bergleute den Tod.



Was nützen die besten Überwachungsstationen, wenn die Meßgeräte unter Tage an der falschen Stelle angebracht sind?

Unfall auf „Minister Achenbach" in Lünen

Zwei Bergleute fanden den Tod

Die Schlagwetterexplosion auf der Zeche „Hansa" in Dortmund-Huckarde ist noch in aller Munde, da erreicht uns die Nachricht von zwei weiteren Todesfällen unter Tage: Am Freitag, den 30. März, nachmittags, sind zwei Kollegn eingefahren, um einen Blindschacht in 810 Metern Tiefe zu erweitern.

Plötzlich haben sich Ausbauteile gelöst und die beiden Männer im Alter von 42 und 52 Jahren unter sich begraben. Ein Steiger aus Dortmund-Hörde und ein griechischer Hauer aus Wanne-Eickel, die ihre Ehefrauen und insgesamt fünf Kinder hinterlassen. **Die Unfallursache ist — so hört man — noch ungeklärt.**

Tarifverhandlungen in der Druckindustrie

Die Tarifverhandlungen in der Druckindustrie wurden nach der ersten Verhandlungsrunde am Montag und Dienstag vergangener Woche in Mannheim auf den 10. April vertagt.

Die Gewerkschaftsführung fordert 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt sowie die schrittweise Einführung der 35-Stunden-Woche. Die Druckunternehmer machten demgegenüber folgendes Angebot: 4 Prozent mehr Lohn; schrittweise Einführung des sechswöchigen Urlaubs für alle; zwei bis vier Freischichten jährlich für diejenigen Beschäftigten, die im Schichtbetrieb arbeiten (das sind insgesamt 37 Prozent der Druckereiarbeiter).

Die Führung der IG Druck und Papier hat die Forderung nach der 35-Stunden-Woche nur auf Druck der Basis aufgestellt. In Wirklichkeit wollen Mahlein, Hensche und Konsorten jedoch verhindern, daß die Druckereiarbeiter für die Durchsetzung dieser Forderung kämpfen.

Die Taktik der Gewerkschaftsführung ist die, Urlaubsforderungen bzw. die Forderung nach Verkürzung der Lebensarbeitszeit gegen die Forderung nach der 35-Stunden-Woche auszuspielen.

Aber gerade die echte und wirksame Verkürzung der Wochenarbeitszeit ist für die Arbeiter und Angestellten wichtig, um der Arbeitsplatzvernichtung einen Riegel vorzuschieben. Und gerade diese Forderung wollen die Kapitalisten unbedingt vom Tisch haben, denn die Verkürzung der Wochenarbeitszeit läßt sich nicht so einfach auf die Belegschaften abwälzen (durch verschärfte Arbeitshetze). Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich würde die Druckereibosse zwingen, zusätzliche Arbeitsplätze einzurichten.

Um die IG-Druck-Führer auf die 35-Stunden-Woche festzunageln, verabschiedete die Bezirksversammlung Hannover der IG Druck und Papier eine Empfehlung an den Hauptvorstand. Darin wird gefordert, *„in den Verhandlungen über den neu abzuschließenden Manteltarifvertrag die Frage der Lebensarbeitszeitverkürzung (Vorziehen des Rentenalters) und die Frage der Jahresarbeitszeitverkürzung (Urlaubsverlängerung) auszuklammern. Einzige Verhandlungsgegenstände können nur die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn sowie die generelle Einführung der 5-Tage-Woche sein".* In der Begründung zu dieser Empfehlung heißt es: *„Wenn wir trotzdem* [trotz Tabu-Katalog der Unternehmerverbände — RM] *ernsthaft an unserer Forderung nach der notwendigen Wochenarbeitszeitverkürzung festhalten wollen, dann ist es unumgänglich, die gesamte Kraft der IG Druck und Papier auf die Durchsetzung dieser Forderung zu konzentrieren."*

Gleichzeitig wehren sich die Druckereiarbeiter aber auch dagegen, daß die Manteltarifforderungen gegen die Lohnforderungen ausgespielt werden.

Nur 4,5 Prozent mehr Lohn für die Bauarbeiter

Bauarbeiter verschaukelt

Nur 4,5 Prozent mehr Lohn sollen die Bauarbeiter erhalten. Am Donnerstag früh der vergangenen Woche wurde dieser Tarifabschluß in der dritten Gesprächsrunde zwischen den Baukapitalisten und den Bonzen der IG Bau Steine Erden vereinbart.

Angesichts der besonderen Situation in der Bauindustrie ist dieser Abschluß ein besonders schmutziger Verrat der Gewerkschaftsführung. Als vor zwei Jahren die Bauindustrie noch in der Krise zu stecken schien (in Wirklichkeit bahnte sich der jetzige Boom bereits an), nutzten die Bosse und Gewerkschaftsbonzen die Situation, um den Bauarbeitern einen Lohnstopp aufzuzwingen.

Jetzt aber, wo die Gewinne der Baukapitalisten geradezu explodieren, werden die schwerarbeitenden Kollegen vom Bau mit lächerlichen 4,5 Prozent abgefertigt.

Diese 4,5 Prozent bringen den Bauarbeitern keine Erhöhung ihrer Reallöhne. Im Gegenteil. Schon jetzt bewegt sich die offizielle Rate für die Erhöhung der Lebenshaltungskosten bei über 3 Prozent. Sie wird mit Sicherheit weiter steigen.

Dazu kommt aber, daß die Bauarbeiter sowohl im vergangenen Sommer als auch im gerade weichenden Winter wegen extrem ungünstiger Witterungsbedingungen außergewöhnlich hohe Lohneinbußen zu tragen hatten. Auch die im jetzigen Tarifabschluß zusätzlich vereinbarte Aufstockung des Zuschlags für Arbeitserschwernisse um 1,4 Prozent des Tarifstundenlohns kann diese Lohnausfälle nicht ausgleichen.

Das Realeinkommen der Bauarbeiter wird mit diesem Tarifabschluß also eher sinken, als daß es sich erhöht. Dagegen raffen die Bauunternehmer riesige Profite, vor allem natürlich die großen Baulöwen. Allein im ersten Halbjahr 1978 trieben sie die Preise beim Wohnungsbau um 5,5 Prozent in die Höhe. Die Produktivitätssteigerung betrug sich im vergangenen Jahr in der Bauindustrie bei 7 Prozent. Der Auftragseingang im Wohnungsbau erhöhte sich allein im ersten Halbjahr '78 um rund 30 Prozent.

Man kann ohne Übertreibung sagen: Die großen Baufirmen schwimmen im Geld! So schrieb etwa die Unternehmerzeitung „Handelsblatt" im August vergangenen Jahres: *„Der Boom im Ausland hat die Kassen der großen Baufirmen randvoll gefüllt"* (die großen Bauunternehmen der Bundesrepublik machen einen bedeutenden Teil ihres Umsatzes mit Auslandsaufträgen). Die Aktienkurse der großen Bauunternehmen „Hochtief", „Holzmann", „Bilfinger & Berger", „Strabag Bau" und „Dyckerhoff-Widmann AG" sind seit 1976/77 raketenhaft in die Höhe gestiegen.



40 000 Menschen beteiligten sich am 14. Oktober an einer DGB-Demonstration in Dortmund. Ihre Hauptforderungen: 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und Verbot der Aussperrung.

Neues Aktionsprogramm des DGB ohne Mitgliederdiskussion?

Völlig undemokratisches Verfahren/ Verabschiedung durch Bundesausschuß im Juni?

Seit einiger Zeit ist die DGB-Führung dabei, ein neues Aktionsprogramm des DGB zu erstellen. DGB-Vorsitzender Vetter kündigte an, daß das neugefaßte Programm im Juni dieses Jahres vom DGB-Bundesausschuß verabschiedet werden soll.

Das Aktionsprogramm ist eine für die Gewerkschaft außerordentlich wichtige Sache. In ihm werden die Schwerpunkte des gewerkschaftlichen Kampfes für die kommenden Jahre festgelegt. Es werden die wichtigsten gewerkschaftlichen Forderungen für eine längere Zeit formuliert und zusammengefaßt. Deshalb bildet das Aktionsprogramm eine wichtige Voraussetzung für den Kampf um die Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung.

Wer ein Interesse an der Einheit, Geschlossenheit und Kampfkraft der Gewerkschaften und der Arbeiterklasse hat, für den kann es überhaupt keine Frage sein, daß die Erarbeitung eines neuen Aktionsprogramms auf demokratische Art und Weise organisiert werden muß. Sollen die Forderungen und Ziele eines solchen Programms durchgesetzt und verwirklicht werden, müssen die Mitglieder und Funktionäre sich mit dem Sie müssen sagen: „Jawoll, das sind die richtigen Forderungen, für die wir kämpfen müssen!" Sie müssen sich über das Aktionsprogramm einig sein, müssen es als ihr eigenes Programm betrachten.

Deshalb ist es sonnenklar, daß die Erarbeitung und Verabschiedung eines neuen Aktionsprogramms die aktive Mitwirkung nicht nur des ganzen Funktionärskörpers, sondern auch der breiten Massen der Mitglieder erfordert.

Es ist die unabdingbare Pflicht einer Gewerkschaftsführung dafür zu sorgen, daß einen neuen Aktionsprogramm auf diese Weise zustandekommt, also alles zu tun, um die Mitgliedschaft in die Diskussion mit einzubeziehen, sie für die Mitwirkung an der Erstellung des Programms zu mobilisieren. Ob eine Gewerkschaftsführung tatsächlich die Interessen der Arbeiterschaft vertreten und eine starke und einige Gewerkschaftsbewegung will oder nicht, zeigt sich unter anderem daran, ob sie dieser Pflicht zu genügen bereit ist.

Die DGB-Führung ist dazu offensichtlich nicht bereit. Die Vetter, Loderer, Kluncker, Hauenschild und Konsorten sind vielmehr darauf aus, das Aktionsprogramm auf völlig undemokratische Weise, ohne jede Mitwirkung der Mitgliedermassen, ja sogar weitgehend ohne Mitwirkung des ganzen Funktionärskörpers verabschieden zu lassen.

Offensichtlich haben die DGB-Führer Angst davor, daß die Kollegen an der Basis und aufrechte, klassenkämpferische Funktionäre sich für ein Aktionsprogramm einsetzen würden, das konsequent die Erfahrungen der vergangenen Jahre berücksichtigte, der Kämpfe und Tarifbewegungen, der Streiks, des Aussperrungsterrors usw., und das kompromißlos von den Arbeiterinteressen ausgeht.

Verbot der Aussperrung gestrichen

Schon der Vorentwurf für das neue Aktionsprogramm war ohne jede Mitgliederdiskussion zustandegekommen. Bereits dieser steht im scharfen Gegensatz dazu, wie ein konsequentes Kampfprogramm der Gewerkschaft nach dem heutigen Diskussionsstand in der Mitgliedschaft und nach den Erfahrungen der Klassenkämpfe der vergangenen Jahre aussehen müßte, welche Forderungen im Vordergrund stehen müßten usw. Er ist von der reaktionären Politik der Klassenzusammenarbeit der DGB-Führung und von ihren falschen Reformmodellen bestimmt. Deshalb ist bereits dieser Vorentwurf gegen den konsequenten Kampf für die Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse gerichtet.

Andererseits enthielt dieser Vorentwurf aber immerhin auch einige Forderungen, die heute im Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung, gegen Rationalisierungsterror und wachsende Arbeitslosigkeit und im Kampf für die Verteidigung demokratischer Rechte wichtig sind: Verwirklichung des Rechts auf Arbeit; Verwirklichung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich; das Verbot der Aussperrung.

Aber gerade diese Forderungen hat sich die Programm-Kommission des DGB-Bundesvorstandes bei der Überarbeitung des Vorentwurfs aufs Korn genommen. In dem überarbeiteten Entwurf, den der DGB-Bundesvorstand in dieser Woche verabschieden will, sind sie entweder ganz gestrichen oder aber so formuliert, daß sie nur noch die Bedeutung einer unverbindlichen Phrase haben.

„Verteidigung des sozialen Rechtsstaats"

Von diesen Streichungen abgesehen hat die Bundesvorstandskommission den überarbeiteten Entwurf mit einer Präambel versehen. Das ist ein Novum. Bislang waren DGB-Aktionsprogramme noch nie mit einer Präambel ausgestattet. Der Verdacht liegt nahe, daß die Einführung einer solchen Praxis nicht ohne Hintergedanken erfolgt ist. Offenkundig will die DGB-Führung auf diese Weise die Erarbeitung des neuen **Grundsatzprogramms**, dessen Verabschiedung auf einem Außerordentlichen DGB-Kongreß im Jahr 1981 vorgesehen ist, jetzt schon in „die richtigen Bahnen" lenken bzw. in ihrem Sinne politisch vorprogrammieren.

Die neue Präambel enthält nämlich im wesentlichen folgende Proklamation: Der DGB und seine Gewerkschaften *„setzen sich für die Sicherung und den Ausbau des sozialen Rechtsstaates"* ein. Und ferner: *„Sie verteidigen die Grundlagen der Demokratie gegen alle Angriffe politischer Extremisten von rechts und links."*

Diese Aussagen der Präambel stehen im schroffen Gegensatz zu den politischen Auffassungen eines großen Teils der Gewerkschaftsmitglieder. Sie widersprechen total den Grundsätzen und Zielsetzungen der Gewerkschaftsbewegung. Sie proklamieren das Bündnis mit dem kapitalistischen Bonner Ausbeuterstaat und sind eine direkte Kampfansage gegen alle klassenbewußten, fortschrittlichen und revolutionären Gewerkschafter.

Und was die zynische und niederträchtige Gleichsetzung von rechts und links betrifft sowie das Lügenmärchen von der Gefährdung der Demokratie durch den sogenannten Linksextremismus: Das sind Erfindungen der herrschenden Kräfte des Monopolkapitals und ihrer Meinungsmacher. Damit sollen die wirklichen Demokraten und Antifaschisten diffamiert werden, soll der Kampf gegen die zunehmende Faschisierung des Bonner Staates angegriffen werden. Abgelenkt werden soll von den wirklichen Feinden der Demokratie, den Drahtziehern und Hintermännern des Faschismus und der Faschisierung. Und das sind die Monopolkapitalisten selbst, die Krupp, Thyssen, Siemens usw.

Wenn die DGB-Führer diese verlogenen und reaktionären Thesen zur politischen Plattform der Gewerkschaften machen wollen, so ist das nicht nur der Gipfel der Unverschämtheit und eine Verhöhnung all der Arbeiter und Gewerkschafter, die gegen den Faschismus gekämpft und ihr Leben dabei eingesetzt und geopfert haben. Damit wollen sie die Gewerkschaften politisch mit der Reaktion gleichschalten und zur Stütze der Faschisierung machen. Die politische Unterdrückung der fortschrittlichen Kräfte, der Abbau demokratischer Grundrechte, die polizeistaatlichen Praktiken in diesem Land werden so als „Verteidigung der Demokratie" gerechtfertigt.

Das liegt genau auf der Linie der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und der offenen oder versteckten Billigung und Unterstützung der Berufsverbote. Das ist ein frontaler Angriff auf die antifaschistischen Grundlagen, auf denen die deutsche Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung steht.

Verteidigung des kapitalistischen Systems

Gerade auch über die politischen Grundlagen des gewerkschaftlichen Kampfes möchte die DGB-Führung eine Mitgliederdiskussion verhindern. Die Bonzen fürchten sich vor einer solchen Diskussion. Zu genau wissen sie, daß die Ergebnisse einer solchen Diskussion mit ihrer reaktionären Politik völlig unvereinbar wären. Denn die Politik der DGB-Führung besteht im Kern in der Verteidigung des kapitalistischen Ausbeutersystems und der Sicherung der Profit- und Machtinteressen der Monopole.

Die breiten Massen der Gewerkschaftsmitglieder lehnen eine solche politische Orientierung der Gewerkschaften entschieden ab. Sie wollen keine „Gewerkschaft als Ordnungsmacht", als staatserhaltende Säule der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Sie wollen vielmehr eine Kampforganisation, die kompromißlos für die Interessen der Arbeiterklasse eintritt, die nicht zuletzt entschieden gegen Reaktion und Faschismus Front macht und sich dabei für die Einheit aller fortschrittlichen, demokratischen, sozialistischen und revolutionären Kräfte einsetzt.

Der Entwurf des neuen Aktionsprogramms, den der DGB-Bundesvorstand in dieser Woche absegnen will, ist reaktionär und arbeiterfeindlich. Er muß von den fortschrittlichen Gewerkschaftern entschieden bekämpft werden. Es ist notwendig, das völlig undemokratische Vorgehen der DGB-Bonzen bei der Erstellung des Aktionsprogramms zu durchkreuzen. Wir müssen den Protest der Kollegen dagegen organisieren. Ein Entwurf für ein neues Aktionsprogramm darf nur auf der Grundlage einer breiten Diskussion unter den Mitgliedern aller DGB-Gewerkschaften formuliert werden. Und die Verabschiedung des neuen Aktionsprogramms kann nicht durch den DGB-Bundesausschuß erfolgen. Sie ist Sache des Gewerkschaftstages des DGB.

Forderungen entschärft

Beispiele aus dem Aktionsprogrammentwurf

In dieser Woche will der DGB-Bundesvorstand den jetzt vorliegenden Entwurf für ein neues Aktionsprogramm absegnen. Er soll dann im Juni vom Bundesausschuß des DGB (laut Satzung das höchste Organ des DGB zwischen den Gewerkschaftstagen) endgültig verabschiedet werden.

Der Entwurf ist in der Hauptsache ein Ausdruck der abweiglerischen und reaktionären Politik der DGB-Führung. Das heißt nicht, daß in ihm die Forderungen der Arbeiterklasse, wie sie in den gegenwärtigen tagtäglichen sozialen Auseinandersetzungen im Vordergrund stehen, gar nicht mehr auftauchen. Die DGB-Führer kommen nicht darum herum, solche Forderungen aufzugreifen. Täten sie das nicht, dann würde sich ihre Arbeiterfeindlichkeit allzu schnell entlarven.

Ein Vergleich zwischen dem Vorentwurf und dem überarbeiteten Entwurf zum neuen Aktionsprogramm macht deutlich, wie die Forderungen der Kollegen um so mehr entschärft, verfälscht oder verstümmelt werden bzw. aus Kampfforderungen in fromme Wünsche und unverbindliche Zukunftsmusik umfunktioniert werden, desto weiter sie den „Filter" nach oben im DGB-Apparat durchlaufen. Dazu einige Beispiele.

Unter dem Stichwort „Kürzere Arbeitszeit" heißt es im Vorentwurf noch:

„Durch eine Verkürzung der Arbeitszeit soll eine Humanisierung der Arbeit erreicht und ein Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit geleistet werden.

Die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich ist zu verwirklichen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit muß zu zusätzlichen Einstellungen führen."

In dem überarbeiteten Entwurf heißt es stattdessen:

„Der Achtstundentag und die Fünftagewoche mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich sind überall zu verwirklichen.

Eine weitere Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche ist anzustreben."

In der zweiten Version ist die 35-Stunden-Woche in eine vage Zukunftsperspektive umgewandelt. Die Orientierung des Kampfes um Arbeitszeitverkürzung auf die Eindämmung der Arbeitslosigkeit, auf die Sicherung von Arbeitsplätzen ist völlig gestrichen.

Im Vorentwurf heißt es unter dem Stichwort der Tarifautonomie immerhin noch:

„Die Aussperrung, die sich gegen das Streikrecht und die Gewerkschaften richtet, ist mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu bekämpfen und zu verbieten."

Im überarbeiteten Entwurf hingegen steht nur noch:

„Angriffe gegen die Tarifautonomie sind abzuwehren. Dazu gehört auch der Kampf gegen die Aussperrung."

Von Verbieten ist hier keine Rede mehr. Und auch nicht davon, daß der Kampf gegen die Aussperrung „mit allen gewerkschaftlichen Mitteln" zu führen ist.

Unter dem Stichwort „Sichere Arbeitsplätze" fordert der Vorentwurf:

„Das Recht auf Arbeit muß verwirklicht werden."

Im überarbeiteten Entwurf ist diese Forderung gestrichen.

Man könnte noch mehrere weitere Beispiele anführen, wie richtige Forderungen, die im Vorentwurf noch enthalten waren, im überarbeiteten Entwurf entweder unter den Tisch gefallen oder entschärft sind. Damit soll nicht gesagt werden, daß der Vorentwurf seinerseits insgesamt ein richtiges und konsequentes Kampfprogramm darstellen würde.

Manteltarifvertrag chemische Industrie

Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich!

Wie wir in der letzten Ausgabe des „Roten Morgen" berichteten, wurde in der chemischen Industrie ein neuer Manteltarifvertrag abgeschlossen, der für die Kollegen, die in vollkontinuierlicher Schichtweise arbeiten, bis 1982 die stufenweise Einführung der 40-Stunden-Woche vorsieht. Gegenwärtig haben diese Kollegen noch die 42-Stunden-Woche.

Inzwischen stellte sich heraus, daß diese Verkürzung der Wochenarbeitszeit gemäß den Vereinbarungen zwischen IG-Chemie-Führern und den Vertretern vom Arbeitsring ohne Lohnausgleich sein soll, von sehen. Diese Übergangsregelung sieht folgendermaßen aus:

Jahr	Arbeitszeit	Bezahlung
1980	41 Stunden	42,0 Stunden
1981	41 Stunden	41,5 Stunden
1982	40 Stunden	41,0 Stunden
1983	40 Stunden	40,5 Stunden
1984	40 Stunden	40,0 Stunden

Das heißt, bis 1984 ist jeglicher Lohnausgleich abgebaut. Die IG-Chemie-Fürsten haben wahrlich einen „großen Erfolg" für die Kollegen herausgeholt: Sie dürfen sich an den sinkenden Lebensstandard langsam gewöhnen. Der Lohnabbau wird Schritt für Schritt durchgeführt! Bravo toll!

Bei BASF zum Beispiel bedeutet diese Regelung, daß die Kontischichtler 1984 im Schnitt mindestens 2.000 Mark weniger im Jahr verdienen, als wenn ein voller Lohnausgleich vereinbart worden wäre (der Verlust kann von Betrieb zu Betrieb unterschiedlich sein, je nach Effektivverdiensten).

Ein revolutionärer Betriebsrat aus der chemischen Industrie erklärte dazu gegenüber dem „Roten Morgen": „Dieses Lohnraubabkommen ist einmalig in der bisherigen Praxis des Verrats der Gewerkschaftsführer."

Vor hundert Jahren, am 2. April 1879, wurde Alexander Moissi, einer der größten Schauspieler unseres Jahrhunderts, geboren. Moissi, der albanischer Abstammung war, entfaltete seine Kunst vor allem auf deutschsprachigen Bühnen. Sein Leben und Werk ist ein Beweis für die Verbindung und Wechselwirkung der fortschrittlichen albanischen und deutschsprachigen Kulturen. Moissi starb am 22. März 1935 im Exil. Posthum wurde er für den großen Beitrag, den er zur Bereicherung der fortschrittlichen Kultur und Kunst der Welt geleistet hat, von der Volksversammlung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien mit dem Titel „Künstler des Volkes" geehrt.

Anläßlich des hundertsten Geburtstags Alexander Moissis drucken wir im folgenden Auszüge aus einem Artikel der albanischen Zeitschrift „Nentori" sowie einige Äußerungen bekannter Autoren über Moissi ab.

100. Geburtstag Alexander Moissis

Einer der größten Schauspieler unseres Jahrhunderts



Alexander Moissi in der Rolle des Fedjas in dem Drama „Der lebende Leichnam" von Leo Tolstoj

Das Interesse für die fortschrittliche Kultur und Kunst, für die Probleme der Epoche führte bei Moissi dazu, daß er sie in sich aufnahm und mit den hervorragensten, fortschrittlichen Menschen dieses Jahrhunderts in Theater, Literatur und anderen Künsten zusammenarbeitete. Er kapselte sich nicht, wie manche andere Künstler, im elfenbeinernen Turm ab; er ließ sich nicht zum Werkzeug in der Hand der bürgerlichen Monopole der Kunst machen. Sein fortschrittliches Ideal veranlaßte Alexander Moissi, an den wichtigsten sozialen und künstlerischen Kampagnen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts teilzunehmen.

Nach dem Jahr 1917 rezitiert er unter dem Einfluß der Ideen Lenins Ausschnitte aus Marx, hält er Vorträge, organisiert er Veranstaltungen für die Arbeiter. Trotz der Drohungen der Bourgeoisie begrüßt Alexander Moissi als erster unter den großen Künstlern der Welt im roten Moskau Lenins im Jahr 1924 den Triumph der Oktoberrevolution und äußert seine Sympathie für die siegreiche Lehre Lenins. Diese revolutionäre Tat Alexander Moissis würdigten hohe Vertreter der Sowjetmacht folgendermaßen: „Moissi ist der erste Schauspieler, der die Blokkade durchbrach, die von der bürgerlichen Welt gegen den Staat der Arbeiter und Bauern Rußlands geschaffen wurde und hier liegt ein großes Verdienst von ihm."

Mit seinem außerordentlichen Mut und seinem eisernen Willen erklomm Alexander Moissi die höchsten Gipfel der Schauspielkunst der Welt. Als genialer Künstler schuf er mit einer außerordentlichen Schönheit und Großartigkeit die bedeutendsten Figuren der Meister der Dramturgie aller Zeiten, wie Prometheus, Orest, Ödipus, Hamlet, Romeo, Othello, Lear, Faust, Mephistopheles, Tasso, Franz Moor, Posa, Figaro, Iwanow, Fedja, Heinrich IV. und viele andere.

30 Jahre lang war Moissi der stärkste Schauspieler auf der Bühne des größten Berliner Theaters, das von dem Regisseur Max Reinhard geleitet wurde, sowie von 100 Theatergruppen und bekanntesten Regisseuren des 20. Jahrhunderts. Beginnend mit den Provinzbühnen Österreichs, der Tschechoslowakei und Deutschlands, begeisterte er später mit seiner großen Kunst die Bühnen Wiens, Prags, Berlins, Moskaus, Leningrads, Londons, Paris, Budapests, Stockholms, Kopenhagens, Bukarests, Mailands, Roms, Florenz', New Yorks, Istanbuls, vieler Hauptstädte Lateinamerikas und der Welt. Um die internationale Popularität Moissis zu belegen, genügt es, die Tatsache anzuführen, daß er die Rolle Fedjas in dem Drama „Der lebende Leichnam" von Leo Tolstoi über 1 200mal vor eineinhalb Millionen Zuschauern der Welt gespielt hat. (...)

Leider blieb aber in der Zeit, in der Moissi lebte und schuf, sein berühmter Name in seiner Heimat fast unbekannt. Und zwar deswegen, weil das obskurantistische Zogu-Regime ein wilder Feind auch der Kunst und Kultur war. In dieser finsteren Zeit blieb Albanien das einzige Land in Europa, wo es nicht einmal ein Theater gab. (...)

Die historischen Umstände zwangen Alexander Moissi, im jungen Alter aus seinem Vaterland auszuwandern. Aber die Erinnerung an Albanien erhielt er stets lebendig, besonders die Erinnerung an die Jahre, die er in Kavaja und Durres verbrachte. (...) Er bekannte sich öffentlich zur albanischen Nationalität und äußerte oft den Wunsch, nach Albanien zu kommen, um auch dort aufzutreten. Aber ein solches Anliegen konnte von einem Tyrannenregime nicht gebilligt werden, das genau Bescheid wußte über die Freiheitsliebe und die antimonarchistische Gesinnung Moissis. (...)

So starb Alexander Moissi am 22. März 1935 fern der geliebten Heimat. An seiner Beerdigung nahm auch der große fortschrittliche Schauspieler Albert Bassermann teil, der den berühmten Ring des Schauspielers Iffland trug. Dieser Ring ging seit dem Jahr 1814 traditionsgemäß von Generation zu Generation an die bedeutendsten deutschen Schauspieler über. In Würdigung des künstlerischen Genies Alexander Moissis nahm Bassermann den Ring von seinem Finger und legte ihn in die Urne mit der Asche Alexanders. Diese Geste stellte die größte Ehrung dar, die einem Schauspieler nichtdeutscher Herkunft zuteil werden konnte, der aber eine bedeutende Rolle für die Entwicklung und Bereicherung der fortschrittlichen Kunst der Welt hatte.

(Aus: „Nentori", Organ des Schriftsteller- und Künstlerverbandes Albaniens, 2/1979. Gekürzt.)

„Wie der Ton einer kostbaren alten Geige"

Äußerungen über Alexander Moissi

Tatiana Tolstoi, Tochter Leo Tolstois

„Genie — das ist Geduld, hat einmal ein berühmter Franzose gesagt. Ja, Geduld und Arbeit. Moissi liebte die Kunst und vervollkommnete ihre Technik bis zu einer fast noch nie erreichten Höhe.

Wenn man ihn auf der Bühne eine Gestalt nachleben sieht, fragt man nicht danach, ob er gut oder schlecht spielt. Er verkörpert seine Helden so lebendig, daß man alle Empfindungen miterlebt, die er nur darstellt. Man fragt nicht danach, wie er es fertigbringt, einmal König, einmal Vagabund zu sein, einmal Heiliger und dann wieder Schurke. Er ist es, und das genügt."

„Moissi besitzt alle Eigenschaften, die einen großen Künstler ausmachen. Er ist sehr begabt und hat einen klaren, tiefen Geist. Und Moissi liebte seine Kunst aufrichtig.

Hätte Moissi nur seine schöne Stimme, seine große Seele und sein Talent gehabt, dann hätte er zwar Momente großer Begeisterung darbieten können, aber um sein Werk zu vollenden, mußte er mit großem Fleiß arbeiten."

Hugo von Hoffmannsthal

„Moissi ist ein Schauspieler von so großer Eigentümlichkeit, als nur je einer da war. Er gehört nicht zu den Schauspielern, deren Stärke die Verwandlung ist; gerade im Gegenteil liegt seine Macht darin, daß er seine Natur rein und zart zum Ausdruck bringt. Durch die Eigenart dieser Schauspielernatur hat er eine ganze Generation von Schauspielern aufs stärkste beeinflußt und das Publikum gezwungen, die Figuren des Dichters auf eine neue Weise zu sehen. Ja, man kann sagen, wenn es möglich wäre, die Erinnerung an seine Person und daß er überhaupt da war, im Gedächtnis der Menschen auszulöschen, so würden doch geistige Veränderungen fortbestehen und sehr merkwürdige, die von seiner Besonderheit verursacht sind."

Stefan Zweig

„Südländer, unheilbarer Südländer, bringt er, um nicht zu frieren, die heimatliche Sonne immer mit sich. Er muß Wärme haben. Wärme von Menschen und Gefühlen, Kameraden, Freunden, Gefährten... Er braucht die Menschen um sich belebt, leidenschaftlich in der Diskussion, aufgestachelt zur Erregung, er will Wärme, Feuer oder zumindest Feuerwerk. Nein, kein gleichgültiges Gut oder Schlecht über Theater und Schauspieler... Nein: Entscheidungen, die den ganzen Menschen fassen, die ganze Zeit... Darum lernt man beisammen mit ihm, jedesmal wieder neu etwas vom Wesentlichsten der Welt in einer rasch hinfliegenden Stunde..."

F. C. Weiskopf

(Die folgenden Passagen aus Weiskopfs Roman „Abschied vom Frieden" schildern Alexander Moissi in der Rolle des Hamlet. Der „Alexander", von dem in den zitierten Passagen die Rede ist, ist allerdings nicht Moissi, sondern die Hauptfigur des Romans.)

... bis plötzlich eine Bewegung durch das ganze Haus ging. Von der Bühne her kamen Hamlets erste Worte, gesprochen mit einer leisen, doch klingenden Stimme, so voll von lyrischer Melodik, daß auch Alexander aufhorchte. Überall beugten sich Zuschauer über die Brüstungen (...).

Alexander heftete den Blick auf die Szene. Bis zum Ende des Aktes hatte es noch gute Weile, Hamlet hielt bei seinem ersten, kurzen Monolog. „Oh, wenn dies feste, allzufeste Fleisch doch schmölze!" Das wurde von diesem Hamlet mit der asketischen Maske und den geschmeidigen Bewegungen einer Katze nicht auf die übliche Weise deklamiert; das wurde in einer Ecke gesprochen, halblaut, ahnungserfüllt, voller verhaltener Erregung und Trauer, mit argwöhnischen Untertönen, die plötzlich in einem Ausruf, einem Wort aus der Tiefe aufspritzten.

Wie der Ton einer alten, kostbaren Geige schmeichelte sich die Stimme Moissis ins Ohr, betörte die Zuhörer. Alexander vergaß die eigene Ungeduld, verlor sich an das Wort und die Geste des großen Mimen.

Dann wechselte die Szene, Hamlet trat ab, der Bann wich, die Ungeduld kehrte zurück. Bis sie aufs neue verdrängt, behext wurde durch Hamlets Stimme, durch sein entsetztes Geflüster bei der Zwiesprache mit dem Geist des ermordeten Vaters, durch die dunkle Mahnung an die Freunde. „Es gibt mehr Dinge zwischen Erd' und Himmel, als eure Schulweisheit sich träumen läßt, Horatio!" (...)

[Alexander] folgte jetzt dem Spiel, aber es erging ihm, wie es uns zuweilen beim Lesen ergeht, wenn Augen und Gedanken verschiedene Wege gehen; er sah, was auf der Bühne vorging, aber das Gesehene drang nicht in sein Bewußtsein — bis die Stimme Hamlets den Schleier von Zerstreutheit und Unmut zerriß.

Für eine Viertelstunde war nur Schloß Elsinore auf der Welt. Nur Hamlets Begegnung mit den Komödianten. Nur sein Selbstgespräch vom Spiel als Mausefalle des Gewissens. (...)

Alexander fuhr aus seinem Selbstgespräch auf. Über die leerwerdende Bühne zerrte Hamlet den Körper des „jetzt ganz still, ganz geheim und ernst wie ein Grab" gewordenen Polonius und murmelte der gattenmörderischen Königin sein gräßlich beziehungsvolles „Mutter, gute Nacht!" zu.

Der Vorhang fiel."

„Und dann diese Verschwendung, dieses Verprassen"

Ein Bild des Unternehmers Gerling

Gerling, der Versicherungsunternehmer, der Multimillionär, der Hauptaktionär und Fädenzieher der zusammengebrochenen Herstatt-Bank, — Gerling hat vor einiger Zeit bereits seinen Platz in der deutschen Literatur gefunden. Es handelt sich dabei um das Buch „Ihr da oben — wir da unten" von Bernt Engelmann und Günter Wallraff. Aus Anlaß des Herstatt-Prozesses drucken wir im folgenden einige Passagen aus diesem Buch ab. Es handelt sich um Aussagen von ehemaligen „Bediensteten" in Gerlings Privathaushalt, die Wallraff in seiner Reportage „Gerling Konzern. Als Bote und Portier" zitiert.

Ich wurde eigentlich nie richtig warm dort, es war immer eine drückende Atmosphäre. Der Dr. Gerling hat so eine Art von oben herab und eine tötende Ironie. Gleich zu Anfang machte mich sein Chefdiener, der Säckler, der 38 Jahre bei ihm war, darauf aufmerksam: „Schau ihn um Gottes willen nicht an, wenn du servierst, dann wird er wild." Er ist ein sehr schwieriger Mensch, und wer sich nicht auf seine Launen einzustellen verstand, hatte nichts zu lachen. Wenn er aus dem Konzern kam, — sein Kommen wurde mir telefonisch angekündigt, — ich stand sprungbereit an der Auffahrt, nahm Haltung an, riß ihm die Wagentür auf, meinen Diener gemacht, grüßte „Guten Abend, Herr Dr.", wenn keine Antwort kam, wußte ich schon, schlechte Laune und konnte mich auf was gefaßt machen.

Er war sehr penibel mit dem Decken. Obwohl ich's schon mit dem Metermaß genommen habe, den Abstand der Bestecke zueinander und genau abgemessen vom Besteck bis zur Tischdecke und die Bügelfalte genau unter der Lampe. Das Blumenarrangement mußte genau im Tisch genau in der Mitte exakt unter der Lampe stehen. Das hat vier Füße gehabt, zwei Füße mußten genau auf der Bügelfalte stehen. Die Blumen mußten strahlenförmig um so ausgerichtet werden, daß sie genau mit den Linien des Leuchters übereinstimmten. Er hat da ein Auge für gehabt, es unwahrscheinlich genau genommen. Wenn da was nicht total im Lot lag, hat er es nachher ärgerlich korrigiert. Ich hab mich nachher sogar in den Stuhl gesetzt, wo der Chef saß, und hab das ausprobiert, mich in ihn hineinversetzt, mit seinen Augen kritisch den Blick schweifen lassen, was er auszusetzen haben könnte, und das dann noch korrigiert. Er hat seinen festen Platz gehabt, wollte immer auf demselben Stuhl sitzen, wir haben ihn unauffällig gezinkt, weil er merkte, wenn es nicht der gleiche war.

Er hat mich sehr selten direkt angesprochen und wenn, hat er meist sehr leise gesprochen, so nebenbei und durch mich hindurch, und dann hab ich manchmal nicht darauf gefaßt, daß er mich angesprochen hat, und hab ihm vielleicht keine Antwort gegeben. Und dann sagte die Chefin, die „Gnädige Frau", Sie verstehen meinen Mann nicht...

Und all solche Sachen, das hat einen dann immer nervöser gemacht, ich bin immer scheuer geworden...

Es war ihm schon zu viel, wenn man ihm mehr antwortete, als er gefragt hatte; nach dem Abendbrot sind ja die Nachtportiers da. Einmal hatte einer Ausgang. Da hat der Dr. Gerling die Tür aufgemacht und mich gefragt: „Ist der Herr H. da?" — Da hab ich ihm geantwortet: „Nein, Herr Dr., der Herr H. ist nicht da, der hat Ausgang, aber für ihn ist der Herr F. da." Das war schon zuviel, da hat er mich so, „für ihn ist der Herr F. da"; die Antwort: „Nein, Herr H. ist nicht da" hätte gereicht und wäre korrekt gewesen. — Da hat er mich angeschrien: „Ich habe Sie nicht nach dem Herrn F. gefragt!"

(...)

Man wußte nie, wo man bei ihm dran war. Auf der einen Seite konnte man ihn in Rage bringen, wenn man Anzeichen eigener Initiative zeigte, andererseits konnte man sich auch seinen Zorn zuziehen, wenn man Anweisungen von ihm genau befolgte.

Die Herrschaften lagen im Garten im Liegestuhl am Swimmingpool, als das Telefon läutete und der Prof. Breker (der mit ihnen per Du ist) die „Gnädige Frau" sprechen wollte. Ich bin rausgelaufen und sagte „Gnädige Frau, Telefon für Sie." Da wurde mir vom Dr. Gerling mit Nachdruck gesagt, ich solle in Zukunft, wenn sie im Garten wären, nicht hinauskommen, sondern bei Telefonaten die Hupe betätigen, dann wüßten sie Bescheid. Nun, ich nehme mir das zu Herzen, und als einige Zeit später an einem Sonntag die Gnädige Frau aus der Schweiz anruft und will ihren Gatten sprechen, dachte ich, gut, dann hupst du eben. Ich betätige also die Hupe, gibt so einen röhrenden Laut wie ein Nebelhorn. Dr. Gerling saß mit auswärtigen Gästen im Garten. Da raste er auf mich zu und hat mich derartig angeschrien, daß ich dachte, jetzt fliege ich raus... „Haun Sie ab, laufen Sie", hat er gebrüllt, ich wußte gar nicht, was überhaupt los war, was mit mir geschah. Ich hab ihn nur gefragt, was denn los sei, und er schrie nur noch lauter „Haun Sie ab, Sie sollen laufen", ich bin da nun stehengeblieben und dann schrie er noch mal, „Sie sollen verschwinden", und dann bin ich gelaufen... Es muß ihn plötzlich gestört haben, daß ich gehupt habe, und dabei hatte er's doch extra angeordnet.

(...)

* * *

Dann diese Verschwendung, dieses Verprassen. Ich war in guten Häusern beschäftigt, da hatten die eine Tonne, da wurden Lebensmittelreste drin aufbewahrt, die wurden abgeholt zum Verfüttern an Tiere oder, was unbenutzt so übrigblieb, bekam an Kinderheime gegeben. Aber hier floß alles in den Müll, solche Steaks, pure Sahne, frische Erdbeeren. Und freitags gab's für die Herren immer eine kostbare Suppe, deftige Hausmannskost als Abwechslung, wenn sie von ständig Steaks und Cordon bleu den Rachen voll hatten. Diese Suppe ging immer teilweise noch nicht angerührt literweise durch den Abfluß. Unmengen an Gemüse, Salaten, meistens freitags, weil das Wochenende dazwischenlag. Ich habe denen gesagt, hier dürfte kein Renoir oder Rembrandt hängen, hier müßten Anschläge „Brot für die Welt" angeschlagen werden, das paßte denen natürlich nicht, daß ich das so offen sagte.

Das Essen im gesamten Konzern ist ja klassenmäßig abgestuft, der Jahrhundertsaal fürs gemeine Volk, das Gartenkasino für Prokuristen und Bevollmächtigte, aber auch das Vorstandskasino bei uns war noch mal in sich abgestuft. Das ging von Bast- über Seidentapeten bis zu mahagonigetäfelt. Und der Gerling wieder sein eigenes Speisezimmer, im Stil des 16. oder 17. Jahrhunderts eingerichtet. Dort darf ihn nur der Kasinochef persönlich im weißen Smoking bedienen. Die Direktoren rufen nach der Bedienung über einen Klingelknopf, den sie mit der Hand betätigen, Gerling steht dafür ein Fußschalter zur Verfügung.

Das Buch „Ihr da oben — wir da unten" von Engelmann und Wallraff, das bereits 1973 erschienen ist, ist auch noch heute eine lohnende, weil informative, aufrüttelnde und spannende Lektüre. Es porträtiert westdeutsche Großkonzerne wie Krupp, Henkel, Flick, Horten, Melitta, Oetker, Gerling und andere und Großgrundbesitzer wie Thurn und Taxis, Waldburg und andere. Es zeigt sowohl die Situation „oben" — in den Vorstandsetagen und den Villen — sowie die Situation „unten" — die Situation der Ausgebeuteten. Es stellt die oft braun eingefärbte Geschichte der Unternehmungen und ihre geschäftlichen und finanziellen Praktiken und Verflechtungen dar.

Das Buch ist auch als Taschenbuch bei Rowohlt erschienen und kostet dort 5,80 Mark.

GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS!

Verjährungsdebatte im Bundestag

Wehner und Richard Jäger (CSU) in einer Front!

Einmütigkeit herrschte im Deutschen Bundestag, trotz aller Differenzen in der Verjährungsfrage, in einem Punkte: Beide Lager machten geltend — hieß es in einem Kommentar —, keine Seite dürfe für sich in Anspruch nehmen, die moralisch hochwertigeren Argumente zu haben.

Daß die Argumente beider Seiten in der Tat moralisch gleich minderwertig sind, dieser Eindruck drängt sich demjenigen auf, der die verschiedenen Lager in der Verjährungsfrage analysiert.

Da ist zum einen die große Gruppe der offenen Befürworter der Verjährung von Naziverbrechen. Sie verschanzen sich hinter juristischen „Argumenten". So stimmte der CDU-Abgeordnete Benno Erhard ein heuchlerisches Klagelied darüber an, daß die Justiz die Verbrechen der Nazis nicht sühnen könne. Als „Beweis" führte er die Tatsache an, daß von allen NS-Prozessen weniger als ein Prozent zur Verurteilung geführt haben. Das liege daran, daß die Wahrheitsfindung bei jedem einzelnen Verbrecher nach so vielen Jahren so schwer sei!

Hier wird in zynischer Weise die jahrzehntelange Verschleppung der Verfolgung von Nazi-Verbrechern durch den Bonner Staat auch noch als Vorwand genommen, die faschistischen Verbrecher ganz der Verfolgung zu entziehen. Daß es sich hier um die verlogenste und hinterhältigste Argumentation handelt, kann man an den Fällen sehen, wo die Wahrheitsfindung kein Problem gewesen ist.

Da ist zum Beispiel die tausendfache KZ-Mörderin Hildegard Lächert. Ihr winkt jetzt im Majdanek-Prozeß der Freispruch und die Kandidatur im Europaparlament, obwohl ihre Schuld an den Majdanek-Greueln erwiesen ist.

Da ist der SS-Mörder Kappler, dessen Schuld eindeutig nachgewiesen und der daraufhin in Italien verurteilt worden war. Er wird gewaltsam „befreit" und „heim ins Reich" geholt.

Der SS-Obersturmbannführer und Chef der Sicherheitspolizei im besetzten Paris, Lischka, der wegen Juden-



deportationen nach Auschwitz in Frankreich zum Tode verurteilt worden war, lebt bis heute unbehelligt in Westdeutschland. Denn als Deutscher darf er „leider" nicht ausgewiesen werden!

Der holländische SS-Mann Siert Bruins, der wegen Mordes in Holland zum Tode verurteilt worden war, wird auch nicht ausgeliefert. Er ist zwar eigentlich Ausländer, aber als SS-Mann ist ihm automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft verliehen worden — nach einem Führererlaß von 1943!

Diese Beispiele bezeugen, daß die „juristischen Argumente" für die Verjährung nur die zynische Verkleidung einer unverhohlene Beschützung und Beschönigung der Verbrechen des deutschen Faschismus sind!

Aber wie steht es um den Wehner-Plan: Aufhebung der Verjährung von Mord? Es fällt jedem normalen Werktätigen sofort auf, daß man den staatlich organisierten Massenmord der Nazis zum Beispiel nicht mit einem Mord aus Eifersucht gleichsetzen kann. Genau das wird aber in dem Wehner-Antrag gemacht.

Dieser Plan soll unter dem Deckmantel des „Antifaschismus" die Stoßrichtung der Bonner Strafverfolgung verschieben. Helmuth Schmidt tritt schon seit langem mit Äußerungen hervor, wonach man nur dadurch „Lehren" aus der Nazizeit ziehe, indem man gegen „jeden Terror" — besonders natürlich gegen „den von links" — kämpfe. Nach üblicher sozialdemokratischer Manier sollen so aus Kommunisten und Revolutionären „Linksfaschisten" gemacht werden. Das Ergebnis einer solchen Logik ist, daß sich die „Verfolgung faschistischer Verbrecher" gegen die entschiedensten Gegner und Opfer des Faschismus richtet.

Daß diese Schlußfolgerung kein Hirngespinst ist, wurde durch nichts besser als durch diese Bundestagsdebatte bewiesen. Da stellte sich nämlich heraus, daß so extreme Reaktionär wie Gradl (CDU) und Richard Jäger (CSU), deren Ansichten sich schwerlich von denen eines NPD-Thadden unterscheiden lassen, glühende Befürworter des Wehner-Plans sind.

Und Gradl sprach es offen aus: Wenn Morde nicht verjähren sollen, dann vor allem und gerade nicht „Morde" an den „Opfern und Toten des Krieges und der Vertreibung"! (Damit sind natürlich nicht die Opfer des Nazi-Terrors gemeint). Eine Äußerung, die von keinem der Abgeordneten widersprochen wurde.

Hier zeigt sich, über was die Herren in Bonn da eigentlich streiten. Es geht nur um die Form der Bonner „Vergangenheitsbewältigung", über ihren Inhalt sind sich alle einig: „Die Vergangenheit muß nicht bewältigt, sie muß akzeptiert werden" (Bundeskanzler Schmidt am 40. Jahrestag der „Reichskristallnacht")!

Zwei Lehrerschicksale

Karl Krah (56), Oberstudienrat am Grotefend-Gymnasium in Hannoversch-Münden hatte ein Ermittlungsverfahren über sich ergehen lassen müssen.

Im vergangenen Herbst war zur Empörung der Öffentlichkeit aufgedeckt worden, daß dieser „Pädagoge" seine Schüler mit faschistischer Literatur, unter anderem die NS-Standardwerke „Grundgedanken der nationalsozialistischen Weltanschauung" und „Kurzer Abriß der Rassenkunde", belieferte. In seinem Unterricht betrieb er „Aufklärung" über die „6-Millionen-Legende" und die „Gaskammerlüge". Das alles gemeinschaftlich mit einem Kollegen und unter der Deckung durch den Schulleiter Dr. Kausch. Kausch selber war aufgrund der Empörung der alarmierten Öffentlichkeit suspendiert worden (RM 43/78).

Jetzt wurde das Ermittlungsverfahren gegen Krah von der Bezirksregierung Braunschweig eingestellt. Die disziplinarischen Voruntersuchungen hätten „keinen Beweis für einen Pflichtverstoß nach dem niedersächsischen Beamtengesetz ergeben". Offensichtlich ist also die Verbreitung faschistischer Propaganda an Schulen in voller Übereinstimmung mit diesem Beamtengesetz!

Nun mag man diesen Ausgang als typisch für das CDU-regierte Niedersachsen halten. Man braucht aber nur ins SPD-regierte Hessen zu gehen, um sich eines besseren belehren zu lassen. Dort mußte der Kasseler Lehrer Jörg Trinogga das humanistische Friedrichs-Gymnasium verlassen. War hier endlich einmal ein Exempel statuiert worden gegen neofaschistische Umtriebe an den Schulen? Keineswegs!

Zwar hatte auch Jörg Trinogga die Zeit des Faschismus im Unterricht behandelt, aber im Unterschied zu Krah nahm er die Verwendung von Auschwitz-Häftlingen durch den IG-Farben-Konzern als Beispiel, um die wirklichen Triebkräfte des Faschismus zu erklären! Das brachte ihm durch Oberstudienrat Franke in der Nachbesprechung eine Rüge und die Note vier plus ein.

Franke kritisierte, statt sich mit solchen Nebensächlichkeiten wie der Verwendung von KZ-Häftlingen für die Konzerne abzugeben, hätte er lieber den Schülern die „psychische Situation der SS-Leute" nahebringen sollen. Frankes Begründung für die schlechte Note lautet: „Historisch-materialistische, antifaschistische Universitätsausbildung, einseitig infolgedessen. Kann sich nur langsam lösen, so daß er nur langsam geistig-freiere Positionen gewinnt."!

Jörg Trinogga ließ sich die schlechte Zensur nicht gefallen und legte Widerspruch ein. Seit diesem Tag wird das Berufsverbot gegen ihn betrieben. Unter anderem wird ihm zur Last gelegt, im März 1977 auf einer Wahlplattform der GEW zur Personalratswahl am Studienseminar Kassel (für die DKP) kandidiert zu haben!

Während der Antifaschist Jörg Trinogga dem Ende seiner Lehramtslaufbahn entgegensieht, darf der Faschist Karl Krah ungehemmt weiter „Rassenkunde" an deutschen Schulen lehren.

Zensurmaßnahmen gegen Schulkinder

Der „Arbeitskreis Demokratische Erziehung" in Frankfurt machte in einem Flugblatt auf einen unglaublichen Fall von Zensur aufmerksam. In dem Flugblatt heißt es:

„Diese Bilder hatten Kinder eines 3. Schuljahres der Grundschule Worfelden (Büttelborn III) am 25. 1. 79 im Kunstunterricht auf eigenen Wunsch gemalt. Am selben Tag hatte ihr Klassenelternbeirat sie über die Milchvergiftung im Bereich des Gernsheimer Werkes der Firma Merck informiert und ihnen den Elternbeiratsbeschluß mitgeteilt, die Schulmilchlieferung bis zur Erstellung eines Gutachtens durch die Groß-Gerauer Molkerei vorübergehend einstellen zu lassen.

Noch vor der nächsten Kunstunterrichtsstunde wies die Schulbehörde den Rektor an, den Kindern die zum Teil noch unfertigen Bilder abzunehmen und ans Landratsamt zu schicken. ‚Dienstgespräche' mit der Klassenlehrerin, Frau Klingel, wurden angeordnet.

Erst nachdem die Eltern auf einem Elternabend die Schulbehörde einstimmig zur Rückgabe der Bilder aufgefordert hatten, gab die Behörde den Kindern die Bilder zurück nach Anfertigung von Fotokopien.

Ein ekelerregendes Beispiel des Polizeistaat-Denkens an deutschen Schulbehörden. Nicht einmal Kinder sind vor Zensurmaßnahmen sicher. Vor allem aber richtet sich diese Maßnahme gegen jeden Versuch von Lehrern, aktuelle Themen im Unterricht zu besprechen und die Schüler zu kritischem Denken anzuregen. Der Arbeitskreis fordert deshalb:

— „Die Wirklichkeit darf nicht vor den Schultoren ausgesperrt werden!
— Die Kinder haben das Recht auf eigenständige, kritische Gestaltung.
— Kein weiteres Vorgehen der Schulbehörde gegen die Lehrerin S. Klingel!"

Unglaubliche Praktiken eines Richters

Das Urteil stand schon vorher fest

Der Bonner Staat fühlte sich beleidigt. Und zwar über ein Flugblatt der KPD/ML mit dem Titel: „Massenmörder ausgebrochen!"

Darin muß sich dieser Staat allerdings auch den Vorwurf gefallen lassen, eine sichere Heimstatt für faschistische Mörder wie zum Beispiel Kappler zu sein. Vor dem Ruhorter Amtsgericht stand jetzt eine Genossin, der vorgeworfen wird, dieses Flugblatt verteilt zu haben. Man muß sich einmal den Richter Westermeier bei der Vorbereitung des Prozesses vorstellen, wie er in den inkriminierten Flugblatt zum Beispiel lesen muß:

„Hohn für die Opfer des faschistischen Terrors, das ist alles, was die Regierung, die Bonzen, Politiker und Pfaffen, die sich seit Jahren um Kappler bemühten, für diese übrig haben." Und: „... die jahrzehntelange offene politische, juristische und polizeiliche Unterstützung des westdeutschen Staates für das gesamte Pack der Nazi-Schergen, der SS- und SA-Größen, KZ-Kommandanten, Folterer und Judenmörder".

Die Wut muß mit diesem Hüter des Staates durchgegangen sein, daß es jemand wagt, diese Dinge so offen beim Namen zu nennen. Dabei ließ er sich dann hinreißen, das Urteil gleich festzulegen und auf einen Zettel zu schreiben. Da stand jetzt also — vor der Verhandlung: „Obwohl die Angeklagte den Inhalt des Flugblattes kannte..." usw. usf.

Nicht, daß wir behaupten wollten, ein solcher Vorgang wäre einmalig. Im Gegenteil, wir könnten die Vermutung, daß eine solche Verfahrensweise in deutschen Richterzimmern gang und gäbe ist, nicht widerlegen.

Einmalig ist daran wohl nur, daß dieser Richter den Zettel mit dem Urteil bei der Akte beließ! Auch als der Verteidiger der Angeklagten Einblick nahm. Und so konnte es passieren, daß nach der Eröffnung des Verfahrens der Verteidiger der Angeklagten das schon fertige Urteil verlas und einen Befangenheitsantrag gegen Richter Westermeier stellte!

Nun wurde ein zweiter Richter hinzugezogen, der nach stundenlanger Beratung über die peinliche Situation den Befangenheitsantrag bestätigte.

In diesem einen Fall ist die Praxis, die Urteile schon vor der Verhandlung festzulegen, zu einem Schlag ins Wasser geworden. Und zwar gleich in doppelter Hinsicht: denn bis zu einem neuen Termin „droht" die „Tat" unter die Verjährung zu fallen!

2 Todesfälle in U-Haft!

In der berüchtigten Hamburger Untersuchungshaftanstalt sind erneut zwei Menschen ums Leben gekommen. Ein 25jähriger Gefangener war mit einer über den Kopf gestülpten Plastiktüte gefunden worden. Zwei Tage später starb ein 45jähriger Untersuchungsgefangener im Zentralkrankenhaus „eines natürlichen Todes"! Über die näheren Umstände des Todes der beiden Häftlinge wurden keine Angaben gemacht. Das Geheimnis um ihren Tod muß gelüftet werden! Es kann nicht hingenommen werden, daß in deutschen Gefängnissen immer wieder Menschen auf mysteriöse Weise sterben!

Kühnen endlich vor Gericht

Nach jahrelangem faschistischen Treiben ist jetzt endlich der ehemalige Bundeswehrleutnant Michael Kühnen vor Gericht gestellt worden. Mit fünf weiteren Kumpanen muß er sich weger der Bildung einer rechtsradikalen terroristischen Vereinigung verantworten. Daß diesen Verbrechern erst jetzt der Prozeß gemacht wird, ist auf die wohlwollende Duldung der Neofaschisten durch den Bonner Staat zurückzuführen. Entsprechend wird man befürchten müssen, daß dieser erste Prozeß gegen Neonazis genauso ausgeht wie die Prozesse gegen die Altnazis. Ein solcher Fall wird aber von den Antifaschisten in unserem Land auf keinen Fall hingenommen!

Anwälte wieder frei!

Die drei Wuppertaler Rechtsanwälte Bissinger, Fritzenschaft und Weber sind am 30.3. wieder freigelassen worden. Ein am 13.3. ausgestellter Haftbefehl vom Landgericht Wuppertal wurde wieder aufgehoben. Das ist ein Erfolg der Protestwelle, die sich dagegen richtete, daß auf dem Wege der Verhaftung drei der Staatsanwaltschaft mißliebige Anwälte ausgeschaltet und wirtschaftlich ruiniert werden sollten!

„Mit dem Grundgesetz vereinbar"

Weil er die Schrift „Revolutionärer Zorn" in seinem Buchladen ausgelegt hatte, war ein Buchhändler zu drei Monaten Haft mit Bewährung verurteilt worden. Das ist eine drastische Auswirkung des im Mai 1976 eingeführten reaktionären Paragraphen 88a gegen „verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten".

Der Buchhändler hatte seinerzeit Revision gegen seine Verurteilung beim Bundesgerichtshof eingelegt. Jetzt zog der Bundesgerichtshof den Schlußstrich: Der Paragraph 88a ist durchaus mit dem Grundgesetz vereinbar! Während dem Grundgesetz große Worte über die Meinungsfreiheit „in Schrift, Bild und Wort" verloren werden, wird gleichzeitig das Ausliegen eines Buches mit Haftstrafen verfolgt!

Diese Tatsache veranschaulicht die ganze Doppelzüngigkeit der sogenannten freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die darin besteht, daß eine relativ unverbindliche Ansammlung von Prinzipien durch immer mehr Einzelgesetze aufgehoben und in ihr Gegenteil verkehrt wird.



Die Mieterversammlung von Block 129 am 7. 11. 1978. Die Mieter stellten sich einstimmig hinter die Forderung nach sofortiger Instandsetzung ihrer Wohnungen, nach Vermietung der leerstehenden Wohnungen und nach besserer Ausstattung der Wohnungen.



Transparente am Haus Görlitzer Straße 74 verkünden, daß hier eine leerstehende Wohnung der BeWoGe besetzt wurde.

Im „Roten Morgen" Nr. 30 vom 28. Juli vergangenen Jahres haben wir schon einmal über die Aktivitäten der Mieter vom Block 129 in Kreuzberg berichtet. In der Zwischenzeit haben die Mieter dieses heruntergekommenen Altbaublocks einen Mieterrat gebildet, mehrere Hausversammlungen durchgeführt, sowie eine Versammlung mit dem Kreuzberger Stadtbaurat Kliem für den gesamten Häuserblock. Denn nach wie vor weigern sich die Hauseigentümer, auch nur die allernotwendigsten Instandsetzungsarbeiten durchzuführen. Leerstehende Wohnungen vermieten sie nicht mehr, damit die Häuser vollständig verrotten und mit Unterstützung des Senats abgerissen werden können. Aus dem Zukunfts-Investitions-Programm (ZIP), sprich von unseren Steuern, erhalten sie enorme Mittel in den Rachen geschmissen, um die stehenbleibenden Häuser dann zu modernisieren. Dafür dürfen sie noch zusätzlich im Laufe von sechs Jahren die Miete um 100 bis 200 Prozent erhöhen.

Kreuzberger Mieter setzen ihren Kampf fort

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Heute sind die Altbaumieten in Westberlin noch preisgebunden. Diese dringend notwendige Maßnahme wollen unsere „Parlamentsvertreter" abschaffen, und zwar ganz schnell: möglichst schon ab 1980 mit einer Übergangsregelung von zwei Jahren. Ab 1982 können dann die Hauseigentümer fordern soviel sie kriegen. Bei den 400 000 Altbauwohnungen, von denen 100 000 weder Bad noch Toilette haben, würde das ein harter Schlag für die Hälfte aller Westberliner sein. Wie skrupellos die im Grünen wohnenden Abgeordneten die Interessen der Hauseigentümer vertreten, wird besonders deutlich, wenn man sich den Zustand der Häuser im Block 129 vor Augen hält. Von den Fassaden fällt der Putz herunter, da nach dem Krieg kaum etwas daran gemacht wurde. Fenster sind total verzogen und undicht, der Wind pfeift durch die Wohnungen. Die Außentoiletten waren teilweise eingefroren, es gab kein Wasser. Die Kachelöfen funktionieren schlecht. Minus 12 Grad betrug die Temperatur in solch einer Wohnung, weil der Ofen völlig kaputt war. Elektrisch heizen ist verboten, weil die Steigeleitungen zu schwach sind. Tatenlos sehen die Hauseigentümer zu. Sie halten lediglich ihre Verwaltungen an, pünktlich die Mieten einzutreiben. Das ist ihre Haupttätigkeit!

Nach der letzten Mieterversammlung im Frühsommer hatte sich deshalb ein Mieterrat für den Block 129 gebildet, um mit vereinten Kräften gegen diese Mißstände vorzugehen. Der Mieterrat hat für jedes Haus eine Mängelliste erstellt und an die Hauseigentümer geschickt mit der Aufforderung um umgehende Instandsetzung (Instandsetzung ist Pflicht und darf gesetzlich nicht auf die Miete umgelegt werden). Dann hat der Mieterrat den Stadtbaurat Kliem aufgefordert, im Herbst eine weitere Mieterversammlung durchzuführen, um diesen Mißständen abzuhelfen.

Die dritte Mieterversammlung im Block 129

Da Kliem wie zu erwarten viel zu spät und unvollständig zur Versammlung eingeladen hatte, hat der Mieterrat rechtzeitig mobilisiert. So waren ca. 150 Mieter pünktlich in der Aula der Adolf-Damaschke-Schule versammelt. Der Mieterrat hat beschlossen, die Versammlung selbst in die Hand zu nehmen, damit die Senatsvertreter die Mieter nicht wieder mit langen schönen Reden langweilen und vergraulen wie beim letzten Mal. Deshalb schlug der Mieterrat einen Versammlungsleiter vor, der von den Anwesenden einstimmig angenommen wurde. Der eröffnete sofort die Mieterversammlung und gab einen kurzen Bericht über die Lage. Dann erschien Stadtbaurat Kliem mit Troß, völlig verwirrt, daß die Versammlung schon im Gange war. Der Versammlungsleiter lud ihn zu sich aufs Podium ein. Dem folgte widerwillig Kliem mit seinen acht Mannen. Der eröffnete erneut „seine" Versammlung und stellte klar, daß er der Leiter ist und das Hausrecht ausübt, nun wolle er zuerst einmal mit seiner vorbereiteten Rede beginnen. Der Versammlungsleiter des Mieterrats unterbrach ihn sogleich und ließ darüber abstimmen, wer von den Mietern die Rede überhaupt hören wolle. Ergebnis: niemand. So stieg die Versammlung sogleich in die Diskussion ein. Kliem war empört, hatte er sich doch am Vortag vier Stunden lang mit seinem Troß beraten, wie er den Mietern jetzt vor den Wahlen bürgernah Honig um die Münder schmieren könnte. Hatte er doch zuvor betont, daß er schon über drei Jahre Erfahrung mit solchen Versammlungen hätte. Diese Versammlung schien zu einer ganz neuen Erfahrung für ihn zu werden.

Im Mittelpunkt stand die Übergabe der Mängellisten durch den Mieterrat an den Stadtbaurat und die Aufforderung, die Hauseigentümer zu den Instandsetzungsarbeiten zu zwingen. Immer wieder versuchten die hohen Herren von der Instandsetzung abzulenken und das Modernisierungsprogramm ZIP zu preisen. Denn das bedeutet für die Hauseigentümer Instandsetzung und Modernisierung auf Kosten der Mieter. Dieses Programm wurde von den Mietern am Ende der Versammlung in einer Resolution eindeutig abgelehnt. Die nebenstehende Resolution faßte die Punkte der Versammlung noch einmal zusammen. Kliem wollte sich während ihrer Diskussion und Verabschiedung einfach sang- und klanglos aus dem Staube machen. Aber der stürmische Protest der Versammelten zwang ihn zu bleiben. Zum Schluß fragte Kliem den Versammlungsleiter des Mieterrats, in welchem Haus er wohnt. Aber auch mit seiner Versicherung, daß das Haus weder modernisiert noch abgerissen wird, konnte er keinen Blumentopf mehr gewinnen. Insgesamt hat die Versammlung deutlich gemacht, daß die Senatsvertreter uneingeschränkt auf der Seite der Eigentümer stehen; darüber hinaus aber auch, was für ein armes Würstchen so ein Stadtbaurat ist in Anbetracht einer solch entschlossenen Mieterversammlung, auch wenn er sich mit acht Kapazitäten umgibt. Das Fernsehen, das am nächsten Tag in der Abendschau einen informativen Bericht sendete, hat diesen Eindruck allerdings nicht vermittelt.



Ein Haus in der Skalitzer Straße, bei dem mit der Modernisierung angefangen wird.

Hausversammlungen

In der darauffolgenden Zeit fand eine Reihe von Hausversammlungen statt. Vor allem hatte die senatseigene Berliner Wohn- und Geschäftshaus GmbH (BeWoGe), der die Hälfte der Häuser im Block gehören, Hausversammlungen einberufen, um jeweils von der Mehrheit der Mietparteien die Zustimmung zur (ZIP-)Modernisierung zu erhalten. In einigen Fällen ist es Vertretern des Mieterrats gelungen, die Mieter davon abzuhalten, indem sie die Folgen erläuterten. Damit ist ZIP in diesen Häusern erst einmal auf Eis gelegt. Nun versucht die BeWoGe, die Mieter einzeln zu bearbeiten, um sich im Nachhinein auf diese Weise die Zustimmung zu erschleichen.

In anderen Hausversammlungen wurde über die Minderung der Miete diskutiert, da die Eigentümer weder Ungeziefer wie Speckkäfer bekämpfen, noch Fensterrahmen in Ordnung bringen und kaputte Scheiben ersetzen, kein Licht auf Böden und in Kellern legen, herunterfallende Putzteile nicht von der Fassade entfernen oder Feuchtigkeit und Schwamm sich ausbreiten lassen. Die Minderung der Miete ist ja letztendlich die entscheidende Maßnahme, die die Hauseigentümer wirklich an ihrem Nerv trifft, nämlich an ihrem Profit. Das zeigt zum Beispiel der folgende Ausschnitt aus dem Brief eines Hauseigentümers an einen Mieter, der im Mieterrat mitarbeitet:

An den Mieter des Hauses
Görlitzerstr. 67,
Herrn P.
Betrifft: Ihr Schreiben vom 19. 1. 1979

2.) Einen Mieterrat habe ich weder anerkannt; noch hat ein Mieterrat im Hause etwas zu bestimmen!
Nun noch etwas Besonderes! Sie haben, ohne zu fragen Ihren Kinderwagen einfach im Treppenflur abgestellt und an das Treppengeländer angeschlossen. —
Das ist nun meine zweite Abmahnung, denn ich lasse mich nicht von Ihnen, noch einmal, als Befehlsempfänger hinstellen!
Aus gegebener Veranlassung, sehe ich mich leider gezwungen, Sie ein drittesmal nicht mehr abzumahnen, sondern es erfolgt dann eine fristlose Kündigung des Mietsvertrages!

Demnächst wird eine Delegation ins Kreuzberger Rathaus gehen, um sich beim Bauaufsichtsamt zu informieren, welche Maßnahmen ergriffen wurden, damit die Hauseigentümer die Instandsetzungsarbeiten durchführen.

Resolution

Angenommen ohne Gegenstimme bei einigen Enthaltungen auf der Mieterversammlung von Block 129 am 7. 11. 78.

(1) In den hier überreichten Mängellisten sind für die meisten Häuser des Blocks die dringend notwendigen Instandsetzungsarbeiten aufgelistet. Da die Hauseigentümer diese Arbeiten nicht durchführen, fordern wir das Bezirksamt Kreuzberg auf, dafür zu sorgen, daß die Hauseigentümer ihrer Pflicht zur Instandsetzung umgehend nachkommen. Sollten die Arbeiten nicht bis zum 15. 1. 79 durchgeführt sein, sehen wir Mieter uns gezwungen, die Miete entsprechend zu mindern.

(2) Trotz des großen Bedarfs an billigen Wohnungen lassen einige Hauseigentümer, besonders die BEWOGE, einen Teil ihrer Häuser einfach leerstehen und verrotten. Sie scheinen dies mit der Absicht zu tun, auf diese Weise später dann einen Vorwand für den geplanten Abriß zu haben. Die BEWOGE lehnt es hartnäckig ab, die leerstehenden Wohnungen wieder zu vermieten, obwohl sich genug interessierte Mieter beworben haben. Wir fordern das Bezirksamt Kreuzberg auf, die Hauseigentümer bis zum 15. 1. 79 zur Instandsetzung und Vermietung dieser leerstehenden Wohnungen zu zwingen. Mieter können von der Mietervertretung sofort benannt werden.

(3) Mit dem Zukunfts-Investitions-Programm (ZIP) verschenkt die Regierung unsere Steuergelder kostenlos an die Hausbesitzer. Nach erfolgter Modernisierung sollen wir Mieter die Kosten durch Erhöhung der Miete noch einmal bezahlen. Das lehnen wir entschieden ab. Wir fordern, daß die bereitgestellten Steuergelder dafür verwendet werden, die Ausstattung der schlechtesten Wohnungen im Block zu verbessern.

Wohnungsbesetzung im Block 129

Anfang Februar hat der Mieterrat zusammen mit der Bürgerinitiative SO 36 zwei Wohnungen der BeWoGe besetzt und instandgesetzt, kurz instandbesetzt. Damit soll verhindert werden, daß die Wohnungen weiterhin leerstehen und mehr und mehr verrotten. Denn die BeWoGe plant, die Hinterhäuser abzureißen und die Vorderhäuser mit ZIP zu modernisieren. 263 Wohnungen läßt die BeWoGe auf diese Weise in Kreuzberg verrotten und macht sie damit abbruchreif! Da die Instandbesetzung vorher breit bekanntgemacht wurde und auf große Zustimmung stieß, versuchten BeWoGe und Senat gar nicht erst, so kurz vor den Abgeordnetenhauswahlen, mit einem Polizeieinsatz die Wohnungen zu räumen. Auf einer Pressekonferenz in der besetzten Wohnung in der Görlitzer Str. 74 beugte sich die BeWoGe dem Druck der Bevölkerung und sagte zu, daß die Instandbesetzer Mietverträge erhalten werden. Der untenstehende Bericht aus dem „Tagesspiegel" zeigt die positive Resonanz auf diese Aktion.

Anfänglich gestellte Bedingungen (Mietvertrag nur, wenn Modernisierung zugestimmt wird) wurden fallengelassen. Darüber hinaus konnten Vertreter des Mieterrates und der Bürgerinitiative SO 36 eine Begehung der leerstehenden Wohnungen im Block vereinbaren, um dann sofort in die „besser" erhaltenen Wohnungen wartende Mieter einzuweisen. Das ist ein großer Erfolg. Es ist nun Eile geboten, auch Nägel mit Köpfen zu machen, das heißt Mietverträge ohne besondere Bedingungen abzuschließen. Denn allzu bekannt ist doch die Taktik der Wohnungsbaugesellschaften und des Senats, erst einmal Versprechungen mündlich zu machen, dann einen hinzuhalten und immer wieder hinzuhalten, ein bißchen Gras über die Sache wachsen zu lassen, zum Beispiel bis zu den Wahlen, und dann unverhofft zuzuschlagen.

Leerstehende Wohnungen besetzt

Bürgerinitiative SO 36 zog aus Protest in zwei Häuser der BeWoGe ein

Mitglieder der Bürgerinitiative SO 36 haben am Wochenende zwei im Kreuzberger Südosten leerstehende Wohnungen besetzt, um „gegen die absichtliche Zerstörung von billigem Wohnraum" zu protestieren. Die Wohnungen, die der senatseigenen Wohnungsbaugesellschaft BeWoGe gehören, sind bereits seit mehreren Monaten unbewohnt und werden jetzt von den neuen „Mietern" renoviert.

Die Bürgerinitiative wirft der BeWoGe schon seit längerem vor, im Kreuzberger Südosten Wohnungen leerstehen zu lassen, damit diese Wohnungen „endgültig verrotten" und um „dafür Abrißgenehmigungen zu bekommen". Für einige Wohnungen hat die Bügerinitiative Einweisungsklagen beim Landesamt für Wohnungswesen erhoben; ohne Erfolg. Die Kritik hatte im Oktober 1978 zu einer Kleinen Anfrage im Abgeordnetenhaus geführt. Dadurch wurde bekannt, daß schon im August insgesamt 263 Wohnungen der BeWoGe in SO 36 leerstanden.

Wie ein Sprecher der BeWoGe gestern auf Anfrage mitteilte, werde man „gegen die widerrechtliche Nutzung" der Wohnungen vorerst nichts unternehmen. Wie er weiter bestätigte, sei die bereits im August errechnete Zahl von leerstehenden Wohnungen nahezu unverändert geblieben. Allerdings bestünden 200 von den 263 Wohnungen nur aus einem Zimmer; sie lägen in Quergebäuden und Seitenflügeln und hätten größtenteils Außentoiletten. Nur zehn leerstehende Wohnungen hätten mehr als zwei Zimmer. Für die Ein-Zimmer-Wohnungen gäbe es überdies „keinen Markt".

Schon in der Senats-Anwort war davon die Rede, daß 129 Wohnungen in Gebäuden liegen, die im Zukunfts-Investitions-Programm (ZIP) modernisiert werden sollen. Ein noch nicht bekannter Teil wird jedoch dem Abriß zum Opfer fallen. Die restlichen 134 Wohnungen sollen „nach zumutbaren Instandsetzungen" wieder vermietbar sein, hieß es schon vor fünf Monaten. (Tsp)

Ein Artikel im Westberliner „Tagesspiegel" berichtet über die Wohnungsbesetzungen.

März im Bild



Ca. 3.000 Arbeiter und Angestellte der Thyssen-Edelstahlwerke in Krefeld demonstrierten von ihren Arbeitsplätzen aus zur Hauptverwaltung. Grund des Protestes waren die Pläne des Vorstandes, im Zusammenhang mit Rationalisierungen zwei Walzstraßen stillzulegen. Dies würde die Vernichtung von 1.400 Arbeitsplätzen bedeuten.



600 Kollegen der Bundespost protestierten vor dem Verwaltungsgebäude der Oberpostdirektion Düsseldorf gegen den Einstellungsstop, durch den die Rationalisierung bei der Post noch weiter verschärft werden soll.



In mehreren Städten der Bundesrepublik führten die Post-Lehrlinge Kampfaktionen durch, um die Übernahme in den erlernten Beruf zu erreichen. Unser Bild zeigt eine Kundgebung in Bonn.



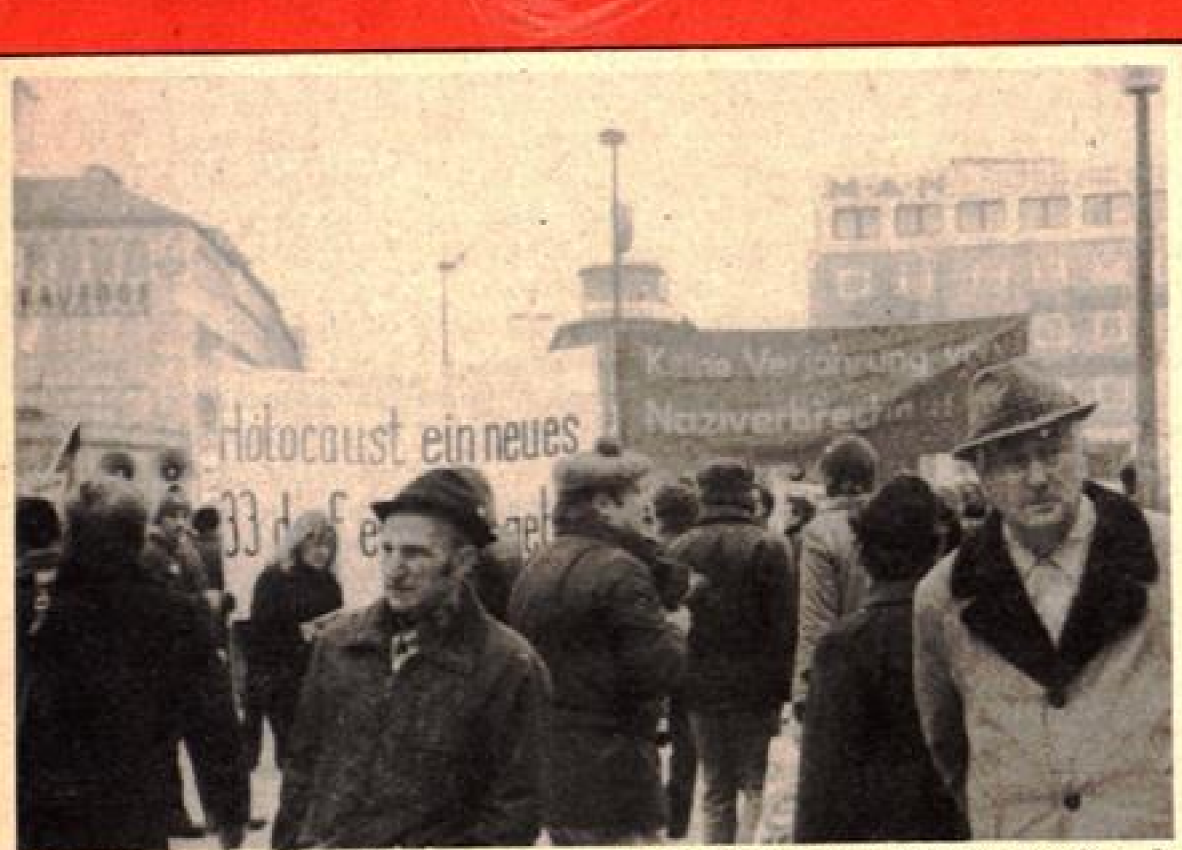
Mit einer Kundgebung protestierten Essener Bankangestellte gegen das Unternehmer-Angebot von 3,8 Prozent in der Tarifrunde. Die Gewerkschaft HBV hat unter anderem Gehaltserhöhungen von 5,8 Prozent gefordert.



Rund 2 000 Münchner Schüler demonstrierten gegen die miserablen Bedingungen im Schulbereich. Sie forderten unter anderem „Keine Klasse über 25“ und die Einstellung der arbeitslosen Lehrer.



Seit dem Beginn der Bauarbeiten für das Atomzentrum in Gorleben sind die Protestaktionen dagegen nicht abgerissen. Im Landkreis Lüchow-Dannenberg organisierten die Bauern neben anderen Aktionen einen Treck in die niedersächsische Landeshauptstadt Hannover.



Immer breiter wird der Widerstand gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen. In verschiedenen Städten fanden Demonstrationen statt, verschiedene Organisationen und Aktionseinheiten führten Kundgebungen und Versammlungen durch. Unser Bild zeigt eine Kundgebung in München.



„Solidarität — Stahlarbeiter in der EG" — unter dieser Losung marschierte die deutsche Delegation.

Duisburger Stahlarbeiter beim Marsch nach Paris

In der letzten Ausgabe des RM berichteten wir über die gewaltige Massendemonstration in Paris, die sich in erster Linie gegen die Rationalisierungspläne der französischen Stahlbarone und ihrer Regierung richtete, nach denen in den nächsten Jahren 27.000 Stahlwerker auf die Straße gesetzt werden sollen. Inzwischen erreichte uns der Bericht eines Teilnehmers der deutschen Stahlarbeiter-Delegation, die in Paris die Verbundenheit mit dem Kampf der französischen Kollegen bekundet hatte. Im folgenden geben wir diesen Bericht wider.

Am 22.3. um Mitternacht machte sich ein Bus mit 50 Gewerkschaftern, überwiegend Vertrauensleute und Betriebsräte der IGM von Mannesmann-Huckingen, auf den Weg nach Paris.

Freitagmorgen um 8 Uhr trafen wir in Paris mit Funktionären von der CGT zusammen, die für unsere Betreuung zuständig waren. Nach einem reichhaltigen echt französischen Frühstück marschierten wir geschlossen zum vereinbarten Treffpunkt, von dem aus „unser" Sternmarsch beginnen sollte. Wir waren durch rote IGM-Helme und durch ein Transparent (EG-Geierkralle greift nach Stahlwerken) als deutsche Kollegengruppe erkennbar und bereits zu diesem Zeitpunkt wurden wir von vielen Autofahrern durch Hupkonzerte begrüßt.

Der Platz, auf dem wir uns versammelten, füllte sich immer mehr. Was jetzt schon auffiel war, daß sich neben der CGT, die zu diesem Marsch aufgerufen hatte, auch die christlichen Gewerkschaften und Angehörige verschiedener anderer Gewerkschaften und Parteien, ohne daß man Rivalitäten spürte, an ihm beteiligten. Außerdem sah man keine Polizei — lediglich Sani-Fahrzeuge — und davon recht viele. Neben den Stahlarbeitern beteiligten sich die verschiedensten Bereiche wie Ärzte, Lehrer, Schüler, Studenten, Journalisten, kleine Kaufleute — und natürlich die Arbeiter und Angestellten von Paris an dem Marsch.

Teilweise hatten sie sich durch einheitliche Kleidungsstücke (Mützen, Helme) kenntlich gemacht. Unsere Delegation wurde durch die Betreuer der CGT gewissermaßen vorrangig behandelt. Scharen von Presse- und Fernsehleuten redeten mit uns, fragten, warum wir gekommen wären und beglückwünschten uns zu diesem solidarischen Schritt.

Mittlerweile war der Platz, von dem unser Teil des Sternmarsches beginnen sollte, gut gefüllt. Es hatten sich alleine hier etwa 30.000 Menschen versammelt. Aber erst nach dem Abmarsch des Zuges schwoll die Menschenmenge richtig an. Aus allen Straßen reihten sich Leute ein. Man sah förmlich, wie der Zug wuchs. Wer nicht mitmarschierte, stand auf dem Balkon, am Fenster oder war aus dem Haus getreten und gab auf seine Art Sympathie kund. An den Häusern brach sich das Echo der lauten Sprechchöre gegen die Regierung, vor allem den Staatspräsidenten Giscard und gegen die Rationalisierungspläne. An dieser Stelle sei kurz angemerkt, daß dieser gewaltige Marsch auf Paris, im Hinblick auf die anstehenden Wahlen, sicher auch einen wahlpolitischen Hintergrund hatte.

Nach einstündigem Marsch war die Größe des Zuges nicht mehr übersehbar. Obwohl wir uns auf einer langen Geraden — ca. 5 Kilometer — befanden, konnten weder Anfang noch Ende des Zuges ausgemacht werden. Gegen 14 Uhr kamen wir auf den „Platz der Republik", offizielles Ziel des Sternmarsches und Kundgebungsort. Was sich hier unseren Augen bot, ist unbeschreiblich. Die Anwesenheit solch gewaltiger Menschenmassen riß unsere Delegation mit. Aus allen Straßen, die zum „Platz der Republik" führten, strömten immer neue Massen heran. Geschickt hatte die CGT uns in eine der Straßen manövriert, in der der inoffizielle Teil der Demonstration fortgesetzt werden sollte.

Es blieb den Menschen auch nichts anderes übrig, als in diese sehr breite Straße auszuweichen, denn auf dem „Platz der Republik" konnte man inzwischen stehen, ohne umzufallen.

Und immer noch war in den Zufahrtsstraßen kein Ende des Sternmarsches abzusehen. Langsam und stockend setzte sich nun der illegale Marsch in Bewegung. Noch war kein Polizist zu sehen. Wir marschierten in Zwanziger-Reihen. Links und rechts der Fahrbahn säumten begeisterte Zuschauermengen den Zug. Paris hatte Feierabend.

Wohl keiner der deutschen Kollegen wird es vergessen, mit welcher Begeisterung uns die Franzosen begrüßten und bejubelten. Wir waren die ersten, die offiziell an einer solchen Demonstration beteiligt waren, und man spürte, wie wir abgeschätzt wurden. Doch wenn unsere Fäuste sich zum „Hoch die internationale Solidarität" hoben, brach der Jubel los und fand kein Ende.

Die deutschen Kollegen waren überwältigt von dieser Atmosphäre. Ich wurde aufgefordert, die „Internationale" und andere Lieder der Arbeiterbewegung anzustimmen, und mit geballten Fäusten sangen alle mit. Zu diesem Zeitpunkt sprach die CGT von 700 000 bis 800 000 Demonstranten. Aus vielen Häusern am Straßenrand waren Transparente und Fahnen aus den Fenstern herabgelassen worden. Ununterbrochen wurde Beifall geklatscht, erhoben sich die Fäuste.

Daß dies eine politische Demonstration war, wurde wohl auch dem Letzten klar, als Hundertschaften maskierter, schwarzgekleideter Elitetruppen der französischen Polizei aus einer Großbank im Dauerlauf sich an den Häuserwänden zum „Platz der Republik" bewegten. Ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert begleitete sie. Als dann auch noch Hubschrauber im Tiefflug über die Menschenmenge flogen, steigerte sich der Haß der Demonstranten zu einem unbeschreiblichen Protestschrei.

Kurze Zeit später verließen wir, wie mit der CGT abgesprochen, den Zug und gingen zum nächsten Metro-Schacht. In dieser Situation war jedem die Betroffenheit anzusehen. Das Ausscheiden aus diesem großartigen Massenaufmarsch war einfach zu abrupt. Während der Rückfahrt nach Duisburg sprach man dann sehr viel über seine Eindrücke, kam mit Kollegen zusammen, mit denen man auf der Hinfahrt nur oberflächlich geredet hatte und spürte die nachhaltige Kraft der Solidarität. Alle waren begeistert, keiner hatte so etwas jemals zuvor erlebt. Und doch wußten wohl die meisten, daß das, was wir in Paris erlebt hatten, in naher Zukunft auch die deutsche Arbeiterklasse betreffen und auf der Straße vereinen wird.

Freitag um 11 Uhr waren wir dann wieder am Tor I bei den Mannesmann-Hüttenwerken in Duisburg. Ich hatte am darauffolgenden Tag Frühschicht. Meine Arbeitskollegen wußten, daß ich in Paris gewesen war und entsprechend wurde ich auch ausgefragt. Und ich hatte das Gefühl, daß die Kollegen, die still dasaßen, die mich genau beobachteten und ab zu lächelten, meine Begeisterung nicht nur verstanden, sondern auch wußten, daß die Solidarität unserer Klasse auch international wirksam werden kann.

Anmerkung der Redaktion: Die CGT ist die größte Gewerkschaft in Frankreich. Sie steht weitgehend unter dem Einfluß der revisionistischen KPF. Diese Partei hat auch versucht — wie der Kollege in seinem Bericht erwähnt — aus der großen Kampfdemonstration propagandistische Münze für die gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen zu schlagen. Obwohl die CGT als einzige Gewerkschaft zentral zum Marsch nach Paris aufgerufen hat, beteiligten sich auch in großen Massen die Mitglieder der anderen Gewerkschaften — und natürlich auch die nichtorganisierten Kollegen — daran. Aus einigen Stahl-Städten des Nordens und des Ostens waren sicherlich, daß nahezu die gesamte werktätige Bevölkerung in die Hauptstadt gekommen war.



700 000 bis 800 000 Teilnehmer marschierten in Paris mit.

Grußtelegramm an das ZK der CPC/ML

Am 31. März führte die Kommunistische Partei Kanadas/Marxisten-Leninisten im Anschluß an ihre 6. Konsultativ-Konferenz eine große internationale Kundgebung durch. Unsere Partei schickte den kanadischen Genossen das folgende Grußtelegramm.

An das ZK der CPC/ML

Liebe Genossen,

Leider ist es uns, aus unerwarteten terminlichen Gründen und wegen der Weite der Entfernung, unmöglich, einen Vertreter unserer Partei zu Eurer 6. Konsultativ-Konferenz der CPC/ML zu entsenden. Wir sind jedoch mit unseren Gedanken bei Euch, und das ZK der KPD/ML sendet Euch, den Mitgliedern und Freunden unserer Bruderpartei in Kanada, der CPC/ML, revolutionäre Kampfesgrüße und wünscht Eurer Konferenz vollen Erfolg.

Wir sind sicher, daß Eure Konferenz wichtige Fragen der Lage in Kanada und der internationalen Lage, der marxistisch-leninistischen Weltbewegung und ihres Kampfes gegen den Revisionismus aller Schattierungen vom marxistisch-leninistischen Standpunkt wird klären und vertiefen wird und Eure Partei in die Lage versetzen wird, noch entschlossener in die Klassenkämpfe des Proletariats und des Volkes Kanadas einzugreifen und im Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, Bourgeoisie und Reaktion, Revisionismus und Opportunismus neue Erfolge zu erringen.

Mit der Abschlußveranstaltung, an der zahlreiche marxistisch-leninistische Bruderparteien teilnehmen werden, stellt sie zugleich einen Beitrag dar, um die Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus weiter zu verstärken. Mögen sich die brüderlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien im gemeinsamen Kampf für den Sozialismus und Kommunismus immer mehr festigen. Es lebe der Marxismus-Leninismus! Es lebe der proletarische Internationalismus!

Bewaffnete Kämpfe im Iran

Armee und „islamische Komitees" gegen das Volk

Die Wahlen, in denen die iranische Regierung das Volk vor die Scheinalternative Monarchie oder „islamische Republik" stellt, finden in einer Situation der Zuspitzung der Klassenkämpfe statt. Zum ersten Mal seit dem Sturz der Monarchie ist es in den vergangenen Wochen wieder zu größeren bewaffneten Auseinandersetzungen gekommen.

So Anfang der vergangenen Woche in der nordiranischen Stadt Gonbad Kavus. Hier leben Angehörige der turkmenischen Nationalität. Den Kämpfen vorausgegangen waren gerechte Aktionen der turkmenischen Bauern. Sie hatten die riesigen Ländereien besetzt, die in den Jahren der faschistischen Diktatur von den Offizieren und hohen Beamten des Regimes zusammengerafft worden waren. Als dann 20 000 Turkmenen in Gonbad Kavus unter anderem für das Selbstbestimmungsrecht des turkmenischen Volkes demonstrierten, wurden sie von bewaffneten Einheiten der sogenannten islamischen Komitees angegriffen. Später erhielten diese Komitees auch die Unterstützung von Verbänden der Armee. Nach Presseberichten haben auf der Seite des turkmenischen Volkes auch bewaffnete revolutionäre Einheiten in die Kämpfe eingegriffen.

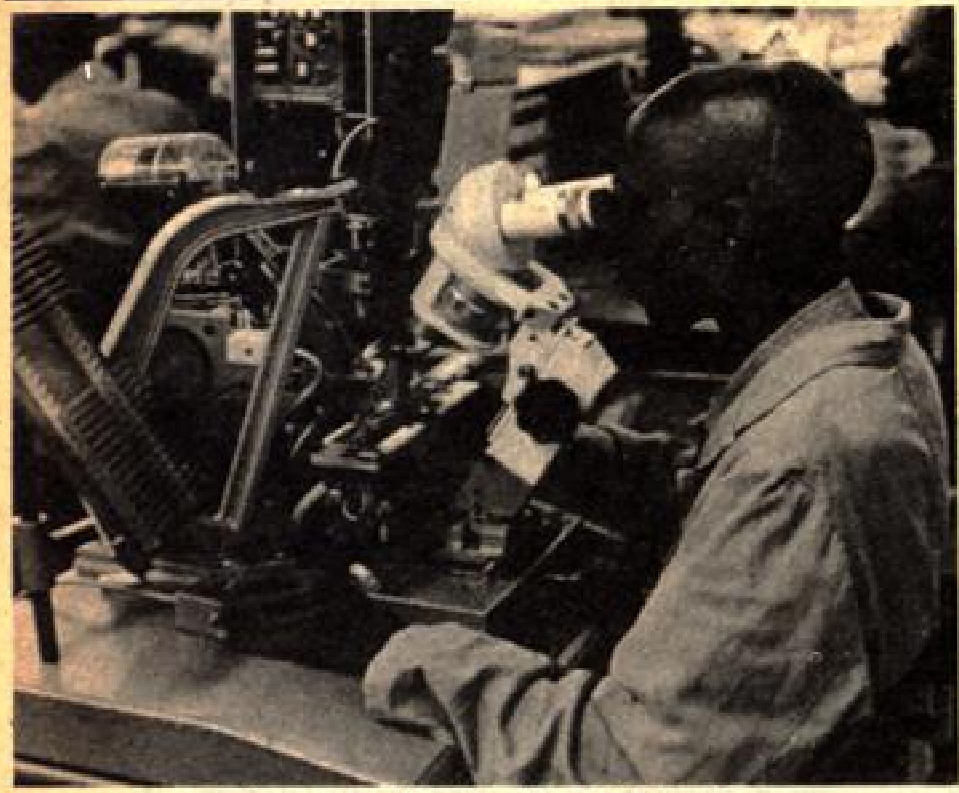
Im Westen des Iran war es zuvor schon zu langandauernden Kämpfen zwischen der Armee und bewaffneten kurdischen Verbänden gekommen. Wie die anderen nationalen Minderheiten im Iran hatte auch das kurdische Volk während der Diktatur des Schah-Regimes unter einem besonders brutalen Joch zu leiden. Dazu gehörte auch die Unterdrückung der kurdischen Kultur, das Verbot der kurdischen Sprache in Schulen, auf Ämtern usw.

Religiöse Führer wie der Ayatollah Teleghani, die während der Kämpfe zu Verhandlungen nach Kurdistan gereist waren, erklärten, die bewaffneten Auseinandersetzungen hätten auf „Mißverständnissen" beruht. Tatsächlich jedoch — so wurde jetzt bekannt — sind von der Regierung gegen das kurdische Volk Einheiten der berüchtigten Palastgarde des Schah eingesetzt worden. Diese Eliteeinheit, die sich selbst „Die Unsterblichen" nannte, ist der letzte Truppenteil gewesen, der im Februar der revolutionären Volksbewegung Widerstand leistete. Die bewaffnete Erhebung hatte damals die Truppen der „Unsterblichen" auseinandergejagt. Offenbar ist die Palastgarde inzwischen von der Regierung wieder formiert worden und wird erneut gegen das Volk eingesetzt.

Diese Tatsachen werfen ein bezeichnendes Licht auf die iranische Armee und den volksfeindlichen Charakter der gegenwärtigen Regierung. In diesem Zusammenhang muß auch noch einmal daran erinnert werden, daß an der Spitze der Streitkräfte — unbeschadet der gerechten Strafe, die einige Generäle der Diktatur getroffen hat — immer noch Offiziere stehen, die — von den amerikanischen Imperialisten ausgebildet — im Dienst des Schah gestanden haben. Bis zur letzten Woche wurde die Armee vom General Gharani geführt, der als besonders enger Vertrauter Washingtons galt. Von ihm ist bekannt geworden, daß er unter dem Schah-Regime in der Stadt Rascht 20 Patrioten ermorden ließ. Aber auch sein Nachfolger ist wieder ein General des alten Regimes.

Die Tatsache, daß sich an den Angriffen auf das turkmenische Volk auch islamische Komitees beteiligt haben, zeigt, daß diese Gruppen alles andere als „revolutionäre Garden" sind, wie sie sich oft nennen. Es mehren sich vielmehr Anzeichen dafür, daß in diesen Komitees Angehörige des früheren Geheimdienstes Savak und andere finstere Elemente ihr blutiges Handwerk weitertreiben. Bezeichnend dafür ist der Fall des Obersten Tavakoli, bis zum Februar im „Islamischen Revolutionsrat", dem die Komitees unterstellt sind, für Militärfragen zuständig. Tavakoli hatte unter anderem vor Zeugen die Strategie preisgegeben, daß „die Linke blutig unterdrückt" würde, wenn sich erst einmal die Lage im Iran stabilisiert hätte. Nur aufgrund der Tatsache, daß diese Äußerungen des faschistischen Obersten durch eine Tonbandaufnahme belegt waren, wurde Khomeiny veranlaßt, ihn von seinem Posten zu entfernen.

Die Ereignisse der letzten Wochen beweisen erneut eindringlich die Richtigkeit der Forderung der revolutionären Kräfte im Iran nach einer vollständigen Auflösung der alten Armee und der Bildung einer Volksarmee. Sie zeigen aber auch, daß zur Durchsetzung einer solchen Forderung die Weiterführung des revolutionären Kampfes gegen die Reaktionäre aller Schattierungen notwendig ist.



Siemens Produktionsstätte bei Pretoria

Deutsche Multis in Südafrika

„Noch schlimmer als die Rassisten"

„Die generelle Haltung der Deutschen scheint mir noch schlimmer zu sein als die der Südafrikaner." Das sagte ein schwarzer Gewerkschafter der südafrikanischen Daimler-Tochtergesellschaft CDA über die Bosse aus der Bundesrepublik.

Zu finden ist diese Feststellung in einem Bericht, den die Evangelische Akademie Bad Boll jetzt vorlegte. Die Autoren hatten die Arbeitsbedingungen in den südafrikanischen Filialen westdeutscher Monopole untersucht, vor allem daraufhin, ob dort der sogenannte EG-Kodex vom September 1977 eingehalten würde. Dieser Kodex war seinerzeit als Reaktion auf die massiven weltweiten Proteste gegen die auch von europäischen Konzernen in Südafrika betriebene Politik der Rassentrennung verabschiedet worden.

Unter anderem empfahl der Kodex diesen Konzernen die Anerkennung schwarzer Gewerkschaften als Tarifpartner, die Aufhebung der Rassentrennung am Arbeitsplatz, in den Kantinen, Duschräumen usw. sowie die Zahlung des gleichen Lohns für die gleiche Arbeit. Aber das waren — wie gesagt — Empfehlungen, dazu gedacht, den wachsenden Protest zu beschwichtigen und zu unterlaufen. In der Praxis jedoch gilt in den Betrieben der europäischen Multis nach wie vor das Gesetz der brutalen Ausbeutung der billigen schwarzen Arbeitskraft, das Gesetz des nackten Rassismus.

Die Studie der Evangelischen Akademie hat das auch für die westdeutschen Konzerne belegt (siehe Kasten). Ein typisches Beispiel unter vielen waren die Untersuchungen im BMW-Werk über die Möglichkeiten der Gewerkschaftsarbeit. Die befragten Bosse des Konzerns stellten sich dumm: „Wir wissen von keiner schwarzen Gewerkschaft, an uns sind sie niemals herangetreten." Die Wahrheit ist, daß die BMW-Bosse an die schwarzen Gewerkschafter herantreten, und zwar mit Methoden des unverhüllten Terrors. So berichteten schwarze Arbeiter, daß in den Abteilungen eigens Spitzel dafür eingesetzt werden, um herauszufinden, welcher Kollege Gewerkschaftsmitglied ist. „Diese Arbeiter ließ man zu sich kommen und erklärte ihnen: Wenn ihr nicht aus der Gewerkschaft austretet, geben wir eure Namen an die Sicherheitspolizei weiter."

Was das bedeutet? Man muß sich daran erinnern, daß die südafrikanischen Rassisten ein Regime der faschistischen Gewaltherrschaft über das Volk von Azania errichtet haben. Die Millionen schwarzer Arbeiter, die in den Werken der in- und ausländischen Konzerne schuften müssen, sind in riesigen Ghettos, die bewachten Gefangenenlagern gleichen, am Rand der großen Städte zusammengepferocht. Sie sind aller, auch der minimalsten menschlichen Rechte beraubt. Für sie gibt es weder das Recht auf Wahl ihres Wohnortes, noch gewerkschaftliche oder politische Rechte. 1962 sind im „General Law Amendment Act" Streik und Sabotage zu todeswürdigen Verbrechen erklärt worden. Unzählige Werktätige wurden von den Schergen des Regimes im Betrieb, auf der Straße, in Gefängniszellen bestialisch hingemordet. Allein während mehrerer Streiks im Bergbau in den Jahren 1972 bis 1976 wurden 178 schwarze Arbeiter erschossen und 1 226 verwundet.

In diesem Klima des faschistischen Terrors gedeihen die Profite der ausländischen Monopolherren. Kein Wunder, daß nahezu alle großen Konzerne der Bundesrepublik, von VW bis Hoechst, von Siemens bis Thyssen mit dabei sind. Wie hoch die Profite sind, die sie aus den geknechteten azanischen Arbeitern herausaugen, das kann man ermessen, wenn man bedenkt, daß ein schwarzer Arbeiter in der verarbeitenden Industrie ganze 300 Mark im Monat bekommt (im Bergbau sind es gar nur 191 Mark). Und wenn diese Arbeiter die kleinsten Schritte unternehmen, um ihre Interessen zu verteidigen, wenn sie sich darangehen, sich gewerkschaftlich zu organisieren, dann holen die deutschen Bosse die Sicherheitspolizei. Und die wird dann schon den Rest erledigen.

Für die Herren von BMW, Siemens oder VW sind die schwarzen Arbeiter nichts als Sklaven, die sie nach Belieben auspressen und nach Belieben auf die Straße setzen oder der faschistischen Polizei ans Messer liefern können. In den Betrieben selbst führen sie rücksichtslos die faschistische Politik der Rassentrennung durch — die schwarzen Arbeiter müssen in eigenen Kantinen essen, in eigenen Duschräume gehen usw. Der Bericht der Evangelischen Akademie zitiert einen Boß des Chemie-Konzerns Henkel: „Also — die Schwarzen müssen die Errungenschaften der Weißen haben, wissen aber nicht, was sie damit anfangen sollen. Und der Prozeß muß eben langsam gehen, sonst ist er gefährlich. Wenn so schnell für alle gute Schulbildung da ist, könnte das gefährlich sein."

Vor 37 Jahren hieß es in einer Denkschrift der Nazis: „Die Slawen sollen für uns arbeiten. Soweit wir sie nicht brauchen, mögen sie sterben. Bildung ist gefährlich." Vor 37 Jahren wurden slawische Zwangsarbeiter zu Millionen nach Deutschland verschleppt und in den Betrieben der Siemens, Krupp und Thyssen bis aufs Blut ausgebeutet. Wer nicht mehr schuften konnte, der mochte verrecken. Wer sich auflehnte, der wurde der Gestapo oder der SS ans Messer geliefert.

Die gleichen Monopole, die vor Jahrzehnten Hitler an die Macht gebracht und die faschistische Diktatur über das deutsche Volk errichtet haben, sie paktieren heute mit den südafrikanischen Faschisten. Sie benutzen das blutige Regime von Pretoria, um die grausame Ausbeutung und Unterdrückung der entrechteten schwarzen Arbeiter in ihren Betrieben zu gewährleisten. An den Händen der deutschen Monopolherren klebt auch das Blut des azanischen Volkes.

Die Situation in fünf südafrikanischen Tochtergesellschaften bundesdeutscher Unternehmen betreffend die wichtigsten Forderungen des „Verhaltenskodex der Europäischen Gemeinschaft" 1978

Forderung Kodex		BMW	Daimler-Benz	Henkel	Linde	Hoechst
Gewährleistung gleichen Lohns für gleiche Arbeit (EG-KODEX 4a)		nein	nein	nein	nein	nein
Aufstiegschancen. Angebot von Ausbildungskursen für schwarze Arbeiter. (EG-KODEX 4b)		ja begrenzt	?	nein	nein	ja begrenzt
Aufhebung der Rassentrennung in folgenden betrieblichen Einrichtungen (EG-KODEX 6)	Kantine	nein	nein	nein	nein	nein
	Toilette	nein	nein	nein	nein	nein
	Duschen Waschraum	nein	nein	nein	nein	nein
	Betriebssport	nicht vorhanden	Fußball ja, sonst nein	nicht vorhanden	nicht vorhanden	–

Loderer: Rassismus „akzeptabel"

An dritter Stelle hinter Siemens und Hoechst steht — nach dem Umfang der Investitionen in Südafrika — der VW-Konzern. Vor einigen Monaten reiste der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende nach Südafrika, um sich ein Bild von den Bedingungen in den dortigen Werken zu verschaffen. Der Mann war Eugen Loderer, gleichzeitig Vorsitzender der IG Metall. Wer aber nun geglaubt hatte, der Gewerkschaftsführer würde die Stimme erheben, um den Terror, den Rassismus, die brutale Ausbeutung der Schwarzen anzuklagen, der sah sich getäuscht. Herr Loderer befand die Arbeitsbedingungen, unter denen die schwarzen Arbeiter bei VW und in anderen westdeutschen Multis schuften müssen, als „weitgehend akzeptabel".

Nicht akzeptabel fand er allerdings die Forderungen nach einem Wirtschaftsboykott des rassistischen Regimes, wie sie schon seit langem von afrikanischen Gewerkschaftern und auch in der UNO erhoben werden. Kein Wunder — würd doch ein solcher Boykott mit dem Rassisten-Regime auch die westdeutschen Monopole treffen, die mehr als sechs Milliarden Mark in Südafrika angelegt haben. Und Herr Loderer fühlt sich eben für die Profite dieser Monopole verantwortlich und nicht für das Schicksal der entrechteten schwarzen Kollegen in Südafrika.

Sadat in Bonn

Unterstützung für das amerikanische Pakt-System

Je konkretere Formen der von US-Präsident Carter mit den Regimen von Tel Aviv und Kairo geschlossene Pakt annahm, desto lauter wurden in Washington die Stimmen, die eine Beteiligung Bonns an den Kosten dieses Paktes forderten. In der vergangenen Woche machte der ägyptische Präsident Sadat auf seiner Rückreise nach Kairo in der Bundesrepublik Zwischenstation, um hier diese Forderungen selbst vorzutragen.

Ihm schwebe — so erklärte Sadat — eine Art Marshall-Plan für Ägypten vor, Wirtschaftshilfe in Höhe von 30 Milliarden Mark, in die sich die USA, die Bundesrepublik und Japan teilen sollen. Über den Inhalt der Gespräche zwischen Schmidt und Sadat wurde nichts bekanntgegeben. Aber immer hin ließ der Kanzler verlauten, die Bundesregierung stünde den Forderungen nach einer Beteiligung an der Aufbauhilfe für Ägypten grundsätzlich positiv gegenüber.

Das bedeutet, daß sich Bonn an der Finanzierung des in Washington abgeschlossenen reaktionären Paktes beteiligen wird. Und dabei geht es keineswegs nur um Wirtschaftskredite. Wie wir im RM ausführlich dargestellt haben (Nr. 11 und 12/79), betreiben die amerikanischen Imperialisten mit dem separaten Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten die Neuformierung ihres Paktsystems im Nahen Osten, die nach dem Zusammenbruch ihres Gendarmen, des faschistischen Schah-Regimes, notwendig geworden ist. Ägypten soll in diesem System die Rolle eines Kettenhundes der amerikanischen Supermacht übernehmen. Sadat selbst hat sich bereiterklärt, ägyptische Soldaten zum Schutz der amerikanischen Oberherrschaft über die Ölquellen des Nahen Ostens bereitzustellen.

Aus diesem Grund dirigiert Washington gegenwärtig einen gewaltigen Waffen- und Kapitalstrom nach Ägypten und Israel. Kriegsminister Brown bezifferte letzten Dienstag allein den Wert der Waffenlieferungen für die nächsten Jahre auf 5 Milliarden Dollar. Die von Schmidt zugesagte Beteiligung an der Finanzierung des in Washington ausgehandelten Pakts kann von diesen gigantischen Waffenlieferungen, von den imperialistischen Plänen der amerikanischen Supermacht nicht getrennt werden. Auch wenn diese Beteiligung in der Form von Krediten erfolgt, wird sie die wahnwitzige Aufrüstung der reaktionären Bastionen Washingtons im Nahen Osten mit vorantreiben, wird sie dazu beitragen, das imperialistische Joch über die Völker dieser Region zu festigen und die Kriegsgefahr im Nahen Osten zu verschärfen.

Darin drückt sich das Interesse der westdeutschen Imperialisten an einer Verewigung der imperialistischen Kontrolle über die Reichtümer, vor allem das Öl, des Nahen Ostens aus. Zugleich soll ihnen die angekündigte Wirtschaftshilfe für Ägypten auch die Märkte dieses Landes und den Weg zu seinen Reichtümern weiter öffnen. Schon jetzt steht Ägypten, das volkreichste Land der arabischen Welt, an zweiter Stelle in der Liste der Empfänger von Wirtschaftshilfe aus Bonn. Sadat hat alle früheren Beschränkungen für ausländische Kapitalinvestitionen abgebaut. So rechnet sich beispielsweise auch der VW-Konzern Extraprofite durch den geplanten Aufbau eines Werkes in Ägypten aus. Die westdeutsche Erdöl-Gesellschaft Deminex hat einen Konzessionsvertrag mit dem Kairoer Regime abgeschlossen und betreibt erfolgreich die Suche nach Öl im Golf von Suez.

So dient die Bonner Beteiligung an dem „Marshall-Plan" für das Sadat-Regime und an der Finanzierung des amerikanischen Paktsystems auch dazu, die Positionen des westdeutschen Imperialismus im Nahen Osten weiter auszubauen.

Geheimabkommen zwischen USA und Israel

Protestaktionen in der arabischen Welt

Geheime Zusatzabkommen zu dem separaten Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten, in denen sich die amerikanischen Imperialisten das „Recht" auf ein militärisches Eingreifen im Nahen Osten vorbehalten, sind in der letzten Woche bekannt geworden. Unterdessen halten in der arabischen Welt die Proteste gegen den in Washington besiegelten Pakt an.



Ca. 1.000 palästinensische Arbeiter und Studenten demonstrierten in Bonn

In dem Geheimabkommen, das unter Umgehung des Sadat-Regimes nur zwischen Washington und Tel Aviv geschlossen wurde, ist von „diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Maßnahmen" die Rede, die Washington zum Schutz des israelischen Gangster-Staates ergreifen will. Das Abkommen enthält auch eine neue Garantie für die Erdölversorgung Israels, die über ähnliche Absprachen der Vergangenheit noch hinausgeht.

Der entsprechende Absatz lautet: „Falls das Öl, das Israel braucht, um all seinen Bedarf für den heimischen Verbrauch zu decken, nicht erhältlich ist, unter Umständen, zu denen mengenmäßige Restriktionen durch Embargo oder anderes auch die Vereinigten Staaten daran hindern, Öl für die Deckung des normalen eigenen Bedarfs zu beschaffen, werden die Vereinigten Staaten sofort Öl für den Kauf durch Israel erhältlich machen."

Im Klartext bedeutet das: Wenn die amerikanischen Imperialisten aufgrund von Boykott-Maßnahmen der erdölproduzierenden Länder nicht in der Lage sind, Israel aus eigenen Beständen zu versorgen, werden sie das Öl mit Gewalt „erhältlich machen". Das ist eine unverhüllte Drohung gegen die erdölproduzierenden Länder, ein weiteres Zeichen dafür, daß die amerikanischen Imperialisten die Erdölquellen des Nahen Ostens als ihr Eigentum betrachten, das sie notfalls auch mit militärischer Gewalt sichern wollen.

Das Geheimabkommen zwischen Washington und Tel Aviv macht einmal mehr deutlich, daß die sogenannte Friedensmission Carters im Nahen Osten ausschließlich der Stärkung des amerikanischen Imperialismus und seines Werkzeugs, des israelischen Staates, in dieser Region dient.

In der ganzen arabischen Welt kam es in der vergangenen Woche zu machtvollen Protestaktionen gegen den reaktionären Pakt zwischen Washington, Tel Aviv und Kairo. In den von Israel 1967 besetzten palästinensischen Gebieten hielten die Streiks und Demonstrationen an. Am Tag der Unterzeichnung des Paktes in Washington legte ein Generalstreik die Fabriken und den öffentlichen Dienst still. Auch in den westlichen Stadtteilen der libanesischen Hauptstadt Beirut und in mehreren anderen Städten des Landes wurde ein Generalstreik aus Protest gegen den Pakt durchgeführt. Auch die Schulen waren geschlossen.

In mehreren arabischen Ländern, darunter Syrien, Irak, Algerien, Kuweit usw. gingen die Werktätigen auf die Straße, um gegen den Pakt zu demonstrieren. Auf Spruchbändern und in Sprechchören drückten sie ihre Solidarität mit dem palästinensischen Volk aus. In Damaskus besetzten Hunderte von Demonstranten das Büro der ägyptischen Fluggesellschaft, um gegen den Verrat des Sadat-Regimes an den Interessen des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker zu protestieren.

Aber auch in anderen Ländern wurden Aktionen gegen den reaktionären Pakt durchgeführt. In Teheran besetzten hundert bewaffnete Demonstranten die ägyptische Botschaft. Aus der iranischen Stadt Täbris wurde eine Massendemonstration zur Unterstützung des palästinensischen Volkes gemeldet. Einen machtvollen Umzug erlebte auch Bonn, wo über tausend Menschen, zumeist in der Bundesrepublik lebende palästinensische Arbeiter und Studenten, gegen den separaten Friedensvertrag demonstrierten.

Rhein-Main-Donau-Kanal

Überschwemmungskatastrophe in Nürnberg


Die Flutwelle riß ganze Straßen mit sich fort: Zurück blieben Schluchten, angefüllt mit Hausrat und den Resten der eingestürzten Häuser

Am Montag, dem 26. März, gegen 16 Uhr, war oberhalb des Nürnberger Stadtteils Alt-Katzwang ein neugebautes Teilstück des Rhein-Main-Donau-Kanals gebrochen. Millionen Liter Wasser ergossen sich durch den Ort, rissen die Straßen auf, unterspülten Häuser und brachten sie zum Einsturz, schwemmten Zäune, Autos und ganze Wohnungseinrichtungen fort. In den Fluten ertrank ein 12jähriges Mädchen; acht Menschen wurden teils schwer verletzt. Viele Familien wurden obdachlos; der Sachschaden beträgt mehrere Millionen Mark.

Der Kanalbau sei „absolut sicher", hatte der bayrische Innenminister noch im Jahre 1977 großsprecherisch getönt. Nun hat das Unglück die Unglaubwürdigkeit solcher Äußerungen noch einmal drastisch bewiesen. Auch der Elbe-Seiten-Kanal, der am 18. Juli 1976 brach und große Gebiete überschwemmte und verwüstete, war als „völlig sicher" ausgegeben worden. Ohne die technischen Probleme wirklich gelöst zu haben, errichten die Herren ihre Bauten. Für sie zählt nur eines: Wieviele Registertonnen über die Kanäle schwimmen können, welcher Gewinn damit zu machen ist. Eines der Opfer aus Katzwang erklärte gegenüber der Regionalpresse: „Das mit den Kernkraftwerken ist genauso. Die haben die Technik einfach nicht im Griff."

Der Wasseraustritt aus dem Kanal war schon Stunden vor der eigentlichen Katastrophe bemerkt worden. Um 13.25 Uhr erhielten die Nürnberger Stadtwerke einen entsprechenden Anruf. Doch statt geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen, klärten sie erst einmal mit den Fürther Stadtwerken ihre Kompetenzen für das Leck. Polizisten, die an den Ort des Wasseraustritts gerufen worden waren, beschwichtigten die Bevölkerung und fuhren wieder davon. Begleitet praktisch von Schnarchen der Verantwortlichen bereitete sich, das Leben von 300 Menschen bedrohend, der Dammbruch vor. Daß die Katastrophe nicht mehr Opfer gefordert hat, ist nur dem Glück, der Selbsthilfe der Betroffenen und der Tüchtigkeit der Rettungsmannschaften zu danken. Übrigens war auch im Falle des Elbe-Seiten-Kanals schon Tage vor dem Bruch seines Dammes auf Lecks aufmerksam gemacht worden; auch damals waren die Warnungen in den Wind geschlagen, offensichtliche Warnzeichen nicht beachtet worden. Aufmerksam und reaktionsschnell sind die Behörden nur, wenn es um „Verfassungsfeinde", Andersdenkende, Streiks in den Betrieben usw. geht!

Katastrophenpläne, Überlegungen und Vorbereitungen für einen möglichen Unglückfall gab es in Katzwang anscheinend nicht. Das hatten die verantwortlichen Politiker nicht für nötig befunden; für sie war der Kanal ja „absolut sicher". Es gab keine Dämme, die das ausbrechende Wasser um die Wohngebiete hätte herumleiten können; es gab nicht einmal Anweisungen und Verhaltensrichtlinien für die Bewohner des unter dem Kanal liegenden Ortes. So flüchteten sich die Bewohner in die oberen Stockwerke, auf die Balkone und Dächer der Häuser, die unterdessen von der Flut unterspült wurden.

Mehr als fraglich ist, ob die Alt-Katzwanger wenigstens materiell jemals einigermaßen angemessen entschädigt werden. Die Verantwortlichen haben zwar groß von „unbürokratischer Hilfe" getönt; welcher Art die Hilfe schließlich ist, läßt sich schon an einem Beispiel ablesen: Die bayrische Landesregierung stellte zunächst 10 Millionen Mark für die Überschwemmungsopfer bereit. In den Genuß kommen die Opfer aber nicht so ohne weiteres. Sie müssen vielmehr auf der Bank ein Darlehen aufnehmen und von den 10 Millionen werden dann — die Zinsen bezahlt.

Neues vom Hubmann-Bankrott

Bonner Staat in Pleite verwickelt

1973 machte die Pleite des Münchner Baulöwen Georg Hubmann Schlagzeilen. Der Bauunternehmer, der sich auf den Bau von Altenheimen („Wetterstein") spezialisiert hatte, prellte 18000 Sparer um ihr Geld. In der Hauptsache handelte es sich um alte Leute, Rentner, die bei Hubmann für eine Eigentumswohnung, in der sie ihren Lebensabend verbringen wollten, gespart hatten und nun oft ihr gesamtes Vermögen verloren. Die Hubmann-Pleite richtete einen Schaden von insgesamt einer halben Milliarde Mark an.

Was damals, 1973, allerdings unbekannt war: In die Pleite war auch Vater Staat als Mitschuldiger verwickelt, genauer: das dem Bundesfinanzministerium untergeordnete „Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen" (BAK).

Das „Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen" hätte den durch Hubmann angerichteten Schaden durchaus verhindern können, wenn es die finsteren Geschäfte kontrolliert und überwacht hätte. Von den Geschäften hatte es Kenntnis. Schon 1966 war das Amt auf Hubmann aufmerksam geworden. 1971 teilte es ihm mit, daß er mit der Ausgabe seiner Wertbriefe unzulässige Bankgeschäfte betreibe. Aber das Amt schritt nicht ein. Es sah zu, wie immer neue Kunden in die Fänge dieses Pleite-Profiteurs gerieten. 1973 endlich drohte das Amt Hubmann mit einer Anzeige. Aber da war es schon zu spät. Die Pleite war perfekt. Die Kunden Hubmanns — oft hilflose alte Leute — waren um ihr Geld geprellt.

Wenn es um die Unterdrückung der Werktätigen, um die Verfolgung fortschrittlicher und linksgesonnener Menschen geht, dann sind die Herren mit einem Riesensortiment staatlicher Maßnahmen unverzüglich, umfassend und oft todsicher bei der Hand. Die kapitalistischen Ausbeuter und Geschäftemacher aber haben nichts zu befürchten; der Mantel des Staates deckt sie bei ihren Taten. Die Mitschuld des Staates ist nun vom Bundesgerichtshof festgestellt worden.

Der Staat muß die Hubmann-Opfer entschädigen. Das heißt nichts anderes, als daß die von dem Münchner Bankrotteur aufgemachte Rechnung nun noch einmal von den kleinen Leuten, den Steuerzahlern, beglichen werden muß. Wenn es um die Schulden der Kapitalisten geht, dann sozialisiert auch dieser schwarz-rot-goldene Staat.

Viele der Opfer kommen allerdings nicht mehr in den Genuß der Entschädigung. Ein großer Teil der um ihre Ersparnisse gebrachten alten Leute ist bereits gestorben.

„Arsch mit Ohren"

Der Anlaß war vergleichsweise nichtig; es schien sich mehr um einen Studentenulk als um ein Staatsdelikt zu handeln: Die Westberliner PH-Studentenzeitung „Zwietracht" brachte im Juni 1978 eine Karikatur des Bundesadlers. An die Stelle des Kopfes des Federviehs war dabei allerdings ein menschliches Gesäß montiert. Titel: „Arsch mit Ohren". Die Montage zielte auf die Westberliner Staatsanwaltschaft, die den Asta-Vorsitzenden der PH gerade unter Anklage hatte.

In der Montage erkannte die politische Abteilung der Moabiter Staatsanwaltschaft eine Beleidigung und böswillige Verächtlichmachung der Deutschen Bundesrepublik. Und sie beantwortete den Angriff auf ihr Allerheiligstes mit einem wahrhaft gigantischen Gegenschlag. Sie leitete Ermittlungsverfahren gegen über 200 Westberliner Bürger ein. Die Beschuldigung lautete auf Verdacht des Vergehens gegen den Paragraphen 90a des Strafgesetzbuchs. Die Betroffenen mußten mit Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafen rechnen.

Die Menge der Beschuldigten erklärt sich so: In der inkriminierten Studentenzeitung waren rund 100 Personen — allerdings ohne Adresse — als presserechtlich verantwortlich aufgeführt. Die Staatsanwaltschaft ließ nun in der Meldekartei nach den zugehörigen Adressen fahnden. Und da ergab sich, daß in einem so großen Stadtgebiet wie dem Westberlins verschiedene Menschen oft den gleichen Namen besitzen. Mehr als doppelt soviele Menschen als die eigentlichen „Täter" gerieten in das Visier der Staatsanwaltschaft. Und die kannte nichts. Von der Respektlosigkeit gegenüber dem hochverehrten Wappentier scheinbar fast bis zur Besinnungslosigkeit gereizt, schlug sie rücksichtslos zu.

Unter anderem traf die Staatsanwaltschaft eine 16jährige Schülerin und ein 9jähriges Mädchen. Unter den Beschuldigten war auch eine Büroangestellte, die prompt „berufliche Nachteile" befürchtete. Eine andere Beschuldigte wünschte der Staatsanwaltschaft ironisch, „daß Sie bei dem nächsten Ermittlungsverfahren wenigstens den Namen Maier oder Müller zu bearbeiten haben, damit Sie bei Ihren Ermittlungen qua Telefonbuch noch fündiger werden".

Bis jetzt mußten 58 Ermittlungsverfahren zurückgezogen werden. Die anderen trifft weiterhin der ganze Verfolgerwahn des Gesetzes. Und in der Tat. Die „Großtat" der Moabiter Staatsanwaltschaft ist nicht nur ein Ausdruck des politischen Klimas in diesem Land; Sie dürfte auch in neuro-klinischer Beziehung nicht ganz uninteressant sein!

So ganz aus der Luft gegriffen scheint die pfiffige Karikatur in der Westberliner Studentenzeitung nicht zu sein...



Sonntag, 8. April, 15.45 Uhr, ZDF
Charlie Chaplin: Die Geschichte meines Lebens. Der Dokumentarfilm wurde 1975 noch unter Beteiligung des Künstlers gedreht. Er bringt eine Montage aus alten Wochenschauen und neuen Dokumentaraufnahmen, Privatfilmen und Ausschnitten aus Chaplins Filmen.

Sonntag, 8. April, 20.15 Uhr, NDR
Gorleben. In der Folge: Is was? Ein Magazin für Jugendliche zu aktuellen Fragen.

Montag, 9. April, 20.00 Uhr, DDR-Fernsehen I
Der Rat der Götter. DDR 1950, Regie: Kurt Maetzig, Drehbuch: Friedrich Wolf und Philipp Gecht. Der Film zeigt am Beispiel des IG-Farben-Konzerns die großkapitalistischen Profiteure als treibende Kraft hinter den Verbrechen der Nazis.

Montag, 9. April, 21.15 Uhr, WDR III
Die Tochter des Wassers. Französischer Spielfilm aus dem Jahr 1924. Regie: Jean Renoir.

Dienstag, 10. April, 20.15 Uhr, WDR III
Schauplatz Rheinpreußen-Siedlung. Film über den Kampf um die Zechenhaus-Siedlung.

Donnerstag, 12. April, 20.00 Uhr, DDR-Fernsehen I
Nackt unter Wölfen. DDR 1963, Regie: Frank Beyer. Eindrucksvolle und spannende Verfilmung des Romans von Bruno Apitz über Leben und Widerstand im Konzentrationslager Buchenwald.

Donnerstag, 12. April, 20.15 Uhr, WDR III
Die große Illusion. Berühmter antimilitaristischer Spielfilm des französischen Regisseurs Jean Renoir aus dem Jahr 1937.

Freitag, 13. April, 20.15 Uhr, ZDF
Rampenlicht. Amerikanischer Spielfilm aus dem Jahr 1951 von und mit Charlie Chaplin.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

5100 **AACHEN,** Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD,** Politische Buchhandlung Spartacus, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4630 **BOCHUM,** Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 511537, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mo, Mi, Do 16.00-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Tel.: 0231 / 433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 550623, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-14.00 Uhr.

4300 **ESSEN,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Helenenstr. 35, Tel.: 0201/624299, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10.00-12.00 Uhr, Tel.: 0461 / 29601.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 771200, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

7800 **FREIBURG,** Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17.00-19.00 Uhr, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER,** Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 16507, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 854124, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 2607554, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG,** Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo, Di, Do u. Fr 11.00-18.00, Mi 15.00-18.00 u. Sa 10.00-13.00 Uhr.